Angehörigen Info

C 10190 4. 10. 1999 Preis: 3,00 DM 225

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Gedanken zum 65. Geburtstag von Ulrike Marie Meinhof



Am 7. Oktober 1999 würde Ulrike Meinhof 65 Jahre alt werden. Ich möchte an sie erinnern.

Erinnern an einen aufrechten, ehrlichen, empfindsamen, politisch engagierten und revolutionären Menschen.. Die üblicherweise vorgenommene Trennung zwischen ihr als Journalistin und ihr als „Terroristin" möchte ich ausdrücklich nicht machen.

Die Regierenden hassten sie wegen ihrer Wirkung, die sie auf Menschen besaß.

Sie kam schließlich als eine der ersten politischen Gefangenen im Gefängnis zu Tode.

Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit glaubt noch heute an einen Selbstmord.

Ulrike Meinhofs Bedeutsamkeit und ihre besondere Wirkung auf Menschen lag begründet in ihrer bestechenden Echtheit und Tiefe von Gefühlen, verbunden mit einem scharfen analytischen Verstand sowie der Fähigkeit ,beides auch schriftlich überzeugend zu Papier zu bringen. Sowohl im einfachsten persönlichen Gespräch als auch im essayistischen wie im analytischen Schreiben besaß sie eine große Überzeugungskraft, wie man sie nicht häufig antrifft. Selbst erklärte Gegner ihrer Meinung mussten dies immer wieder voller Respekt feststellen. Sie war eine politische Frau, wie man sie selten in der deutschen Geschichte findet.

Besondere Bewunderung wurde ihr außerdem zuteil, weil sie Popularität, bürgerliches Leben und gesellschaftliche Anerkennung über Bord geworfen und sich ganz dem Kampf der Ausgestoßenen der Gesellschaft gewidmet hat.

Wovon die linksliberale Öffentlichkeit nur in lateinamerikanischen und griechischen Revolutionsliedern träumte, das war für die ganz unten Stehenden auch hier bei uns brutale Wirklichkeit. „Bambule" zu machen, wurde dort zu einer Frage des persönlichen Überlebens der eigenen Würde.

Diese in eine schlau und gut organisierte Gegengewalt zu verwandeln, war das Einzige, was die Unteren wirklich ernst nehmen konnten, Menschen ‚vom Protest zum Widerstand' zu führen, wurde für Ulrike fortan zum ernsthaftesten Ziel linker Politik.

→

Gefangenenrevolte in der Türkei



„Die revolutionären Gefangenen werden es nicht zulassen, dass man sie zur Kapitulation zwingt"

Fortsetzung S. 3

Seit Monaten hat sich die Situation in den Knästen der Türkei immer weiter zugespitzt. Schon im Juli diesen Jahres kam es zu einer knastübergreifenden Aktion, die, wie in den meisten Fällen, vom CMK (Zentraler Koordinierungsrat der revolutionären Gefangenen) koordiniert wurde, gegen die Verlagerung revolutionärer Gefangener in die sog. E-Typ-Gefängnisse. Deren Bauweise darauf ausgerichtet ist, die Gefangenen voneinander zu isolieren. Auch bei der damaligen Aktion wurden von den revolutionären Gefangenen Geiseln aus dem Gefängnispersonal genommen. Im Juli endete die Aktion siegreich. Die Verlegungen wurden rückgängig gemacht, worauf die Gefangenen ihre Geiseln freiließen.

Seit diesem Zeitpunkt hat sich im Umgang des Staates mit den revolutionären Gefangenen nicht viel verändert. Es kam seitdem immer wieder zu Überbelegungen von

Ulrike Meinhof ...

Ziel der Gegengewalt war, die Repräsentanten des Kapitals ein wenig in jener Ruhe zu erschüttern, mit der sie ihre weltweiten Profite zusammenraubten, den verbrecherischen Charakter ihrer Tätigkeiten aufzudecken und damit den Unterdrückten Mut zu machen.

Über die Bedeutung der RAF in der Geschichte kann man unterschiedlicher Meinung sein. Um diese ganz zu begreifen, bedarf es einer eingehenden Analyse der westdeutschen Verhältnisse seit 1945. Sagen kann man, dass der Staat gezwungen war, seine rechtsstaatliche Maske für einen kurzen Moment abzulegen und sich in seiner Parteinahme für die Obersten der Gesellschaft voll zu zeigen.

Der schließliche ‚Sieg' über die RAF war nur durch das Offenbaren einer völlig rücksichtslosen, brutalisierten Staatsmaschinerie möglich, die bereitwillig gegen einen Teil der deutschen Bevölkerung vorging. Das ist heute für viele Menschen im Rückblick auf die siebziger Jahre deutlich geworden: Die Mächtigen saßen unsicherer auf ihren Stühlen in dieser Zeit, sie hatten reale Angst, während sie heute gefestigter denn je, sogar mit Hilfe ehemals oppositioneller Gruppen ihre Geschäfte gegen die Allgemeinheit verrichten dürfen.

Ulrike litt darunter, den Fehler ihrer eigenen Eltern zu wiederholen, die angesichts des Nazi-Elends stillgehalten und nur stumm gelitten hatten. Ihr Schreiben reichte ihr nicht mehr, sie wollte mehr und Effektiveres tun, sie ertrug es nicht mehr, sich schuldig zu fühlen, den Mördern von My Lai, die sich schon in amerikanischen Kasernen in unserem Lande breit machten, nur mit Worten entgegenzutreten.

Gerade weil sie eine ungeheure Abscheu vor Gewalt in jeglicher Form hatte, gerade deshalb konnte sie, wenn sie die täglichen Nachrichten verfolgte, nicht mehr länger Nein zu militanter Gegenwehr sagen. Sie musste sich klarmachen, dass dies nur Feigheit war. Feigheit und die zufällige Hingestreutheit der eigenen Geburt an einen Ort in die Nähe der neuzeitlichen Kaiser, wo jeder glaubte, im Wohlstand in Ruhe leben zu können.

Sie aber, und mit ihr erlebten dies viele junge Menschen ihrer Zeit, hörte laut und deutlich die Stimmen der Gefolterten und Verhungernden aus den rohstoffliefernden Ländern sowie die Stimmen derer, die im eigenen Land vergessen wurden.

Und niemals, worüber und mit wem auch immer sie sprach, niemals verlor sie die Tatsache aus dem Blick, dass die Verhältnisse ungerecht waren und geändert werden müssten und daß damit jeder augenblicklich beginnen könne und dass es leichter sein würde, wenn sich alle zusammentäten. Immer betonte sie dieses.



Es passt auf sie das Gedicht von Brecht: ‚Lob des Revolutionärs' , denn immer, wenn man mit ihr diskutierte oder sprach, blieb eine Unruhe zurück, ein neues unbekanntes Zweifeln, ein Unbehagen, gepaart mit einem neuen, niemals gedachten Gedanken, eine neue Variante, bisher nie gesehen, tauchte auf, Mut entstand und Hoffnung. Sie besaß etwas, was nur wenige Menschen besitzen, sie besaß die Fähigkeit, dialektisch zu denken und zum Widerspruch herauszufordern.

Nach einem Gespräch mit ihr, und sei es auch nur über das banalste Thema, fing man an völlig neu nachzudenken über all das, was einem vorher selbstverständlich erschienen war.

Ulrike besaß die Fähigkeit zu einem breit und tief empfindenden Mitgefühl, verbunden mit dem Durchschauen unserer Gesellschaft als einer rücksichtslosen Wirtschaftsdiktatur. Dieses Mitfühlen mündete nicht in lähmende Resignation, sondern wurde zu einem aufrichtigen und aktiven „Mit-Leiden" , von dem schon der Dichter Lessing gefordert hat, dass es unmittelbar in die engagierte, echte, zur Gegenwehr schreitende Tat einmünden, oder ansonsten lieber gar nicht erst ausgelöst oder empfunden werden sollte.

Heute, da Ulrike 65 Jahre alt geworden wäre, sitzen noch immer, vergessen in ihren Isolationszellen, inhaftierte RAF- Gefangene in bundesdeutschen Knästen ein. Die Öffentlichkeit schweigt dazu.

Es wird oft gesagt, Ulrike Meinhof hätte sich nicht in dem Maße politisch engagieren und sich stattdessen lieber ihrer Familie widmen sollen, sie habe ihre Kinder im Stich gelassen und stattdessen vergeblich gegen das Elend der Welt angekämpft -

Ulrike hat ihre Kinder geliebt. Gerade wenn man seine Kinder liebt, leidet man unter Ungerechtigkeit und Gewalt mehr als andere Menschen. Es war auch die Liebe zu ihren Kindern, die Ulrike zwang, alle nur erdenklichen Mittel anzuwenden, um eine Veränderung unserer Gesellschaft zu bewirken.

Dürfen wir Ulrike Meinhof für ihren Versuch verurteilen, die bestehenden Verhältnisse zu verändern? Dafür, dass der Kampf ihrer militanten Gruppe zwar den Oberen Angst einjagte, aber zu wenigen Menschen den Mut gab, sich ihnen anzuschließen und daher isoliert blieb und keine Volksbewegung auslöste ?

Haben wir nicht auch aus den Fehlern früherer Revolutionäre gelernt, so wie jetzt Subcomandante Marcos aus den Fehlern Che Guevaras lernt und eine engere Fühlung zu der indianischen Bevölkerung in Mexico herstellt ?

Haben wir jemals den Revolutionär an seinem Scheitern gemessen und ihn also für etwas verurteilt, für das nicht er allein verantwortlich zu machen ist ?

Menschen werden nicht außerhalb ihrer Zeit geboren, sie können nur ihrer Zeit ein Stück vorangehen, so ein Mensch war Ulrike, und ebenso ihre Genossen und die mit ihr Ermordeten.

Eines Tages wird man auch in Deutschland, wie man es jetzt schon in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt tut, Ulrike Meinhof und ihre Genossen als Widerstandskämpfer achten und ehren, nämlich dann, wenn die Verbrechen der Geheimdienste der reichen Industrieländer, wenn ihre Völkermorde, ‚chirurgischen Eingriffe' und neuzeitlichen Blitzkriege, die sich der Zunahme der internationalen Konkurrenz entsprechend steigern, wenn diese Verbrechen allgemein aufgedeckt, und die Opfer bekannt sind.

Bis dahin sind ihre Namen selbst den linken Zeitungen an ihren Geburts- oder Todestagen oft nicht einmal der Erwähnung wert. Das wird sich ändern.

Anja Röhl

P.S. Am Geburtstag Ulrike Meinhofs, den 7.10, nachmittags um 17 Uhr findet in Berlin-Mariendorf auf dem Friedhof Westphalweg ein kleines Treffen mit Gartenarbeit (Grabschnitt, Steinpflege, Blumenpflanzen) statt.

Zu meiner Person:
Ich bin die Tochter von Klaus Rainer Röhl aus erster Ehe. Meine Geschwister sind Regine und Bettina Röhl, die Kinder Ulrike Meinhofs. Als sie auf die Welt kamen, war ich sieben Jahre alt. Ich kannte Ulrike Meinhof von meinem fünften bis zu meinem 20. Lebensjahr, zuletzt im Knast.

Gefangenenrevolte

Zellen (die diesmal zum Ausgangspunkt der Revolte wurden), Misshandlung von Gefangenen und Angriffen auf die Angehörigen und Verteidiger derselben. Erst vor wenigen Tagen wurde den Gefangenen in vielen Knästen verwehrt, ihre Essensrationen und Blutspenden der unter dem Erdbeben leidenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Bei diesem letzten Massaker wurden lt. einer Erklärung des DHKP-C-Informationsbüros aus Brüssel vom 29.9. Maschinengewehre gegen die Gefangenen eingesetzt, ihre Kehlen aufgeschnitten und ihr Körper mit Bajonetten verstümmelt. Die Leichen konnten deshalb teilweise nicht identifiziert werden, und die Namen der Toten werden zum Teil falsch wiedergegeben.

Bei dem Angriff wurden so viele Gasbomben eingesetzt, dass die Mörder selbst zwei Tage nach dem Angriff gestehen mussten, nicht zu den Zellen vordringen zu können. Es gibt Gerüchte, dass sich noch mehrere verletzte Gefangene in den Zellen befinden. Daraus resultiert die Befürchtung, dass sich die Zahl der Toten noch erhöhen könnte.

PKK-Gefangene beteiligen sich nicht an der momentanen Revolte. Sie wurden zumindest teilweise in andere Gefängnisse verlegt.

Die Namen der Getöteten (soweit bekannt – Red.): Ahmet Devran (DHKP-C), Ümit Altintas (EKIM), Halil Türker (TKP-ML), Mahir Emsal (TKP-ML), Abuzer Cok (MLKP), Aziz Dünmez, Nevzat Ciftei (EKIM), Önder Gencaslan, Erkan Özkan, Zafer Kirbiyik ...

Als Reaktion auf diese Handlungen der Gefängnisverwaltungen kam es in verschiedenen Gefängnissen zu Aktionen, an denen sich viele soziale Gefangene beteiligten.

Inzwischen haben die ihre Aktion fortsetzenden Gefangenen folgende Forderungen gestellt:

1. Stellungnahme des Justizministeriums im Zusammenhang mit dem Angriff
2. Verurteilung der Verantwortlichen
3. Einstellung der Verlegungen
4. Aufhebung der Anwendung von Isolationszellen

Bisheriger Stand der Dinge ist, dass sich 72 Geiseln, verteilt auf sieben Gefängnisse, in den Händen der Gefangenen befinden.

Am 27.9. um 12.30 Uhr versammelten sich ca. 150 Menschen, darunter mehrere Anwälte, vor dem Gericht in Istanbul, um gegen die Haltung des Justizministeriums, das bisher jede Verhandlung mit den Gefangenen ablehnt, zu protestieren und zu signalisieren, dass die politischen Gefangenen nicht alleine sind. Die Polizei griff daraufhin ein und nahm mehrere Personen fest, unter ihnen IHD-VertreterInnen und RechtsanwältInnen. Auch in Hamburg, Köln und Nürnberg kam es zu Solidaritätsaktionen mit den revoltierenden Gefangenen.

Bülent Ecevit, seines Zeichens Ministerpräsident der sozialdemokratisch-faschistischen Regierungskoalition, hat diesmal ein hartes Vorgehen gegen die Revoltierenden angekündigt: „Koste es, was es wolle" (O-Ton).

Der Verein Rechte der unterdrückten Völker aus Köln ruft zu einer Protestfax-Aktion auf, um zu verhindern, dass die Revolte militärisch niedergeschlagen wird. Protestfaxe, die den türkischen Staat auffordern, mit den Gefangenen zu verhandeln und deren Forderungen zu erfüllen, sollten an folgende Faxadressen geschickt werden:

Premierminister: 00 90 – 3 12 – 4 17 04 76
Justizministerium: 00 90 – 3 12 – 4 17 39 54
Präsident: 00 90 – 3 12 – 4 46 50 30

Lasst die Gefangenen nicht alleine!!

Komitee für internationale Solidarität (KL) / Red.

Wir veröffentlichen zwei Erklärungen des Zentralen Koordinierungsrates der revolutionären Gefangenen sowie Auszüge aus einer Erklärung des Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes), Istanbul, vom 26.9.1999 und einen Aufruf an Rechtsanwälte in der BRD

Zentrale Gefängnis-Koordination

Auch die Lügen der Verantwortlichen des Massakers können ihre Verbrechen nicht vertuschen

Der (türkische) Staat, der im Gefängnis Ulucanlar zehn unserer Genossen ermordet und Dutzende schwer verletzt hat, verbreitet unter dem Eindruck seiner Schuld in Panik Lügen.

Seine Behauptungen, er hätte den Angriff deshalb durchgeführt, weil die Gefangenen einen Tunnel gegraben, Durchsuchungen verweigert und geschossen hätten u.ä., sind nichts als Lügen.

Im Gefängnis Ulucanlar waren die für 40 Menschen vorgesehenen Großzellen mit 120 Gefangenen belegt. Die Gefangenen forderten deshalb seit fast einem Jahr von der Verwaltung einen neuen Block. Doch ihre Forderung wurde immer wieder unter Vorwänden abgelehnt, obwohl die Möglichkeiten der Lösung des Problems der Überbelegung vorhanden waren. Als die Ge-





Links: Das Bild entstand wenige Minuten vor dem Angriff, bei dem drei der dort abgebildeten Genossen starben. Rechts: Sicherheitskräfte umstellen das Umraniye-Gefängnis Istanbul

fangenen nach 10-monatelangen Versuchen, die Probleme über einen Dialog zu lösen, und trotz sehr umsichtigen Verhaltens immer noch keine Anzeichen für den Willen einer Lösung sahen, besetzten sie schließlich am 2. September 99 den Block Nr. 7. Daraufhin begann die Gefängnisleitung selbst, die Gefangenen nicht mehr zum Zählappell zu holen und mit Bestrafungsaktionen wie Absperren des Wassers, Besuchsverboten und Abweisen von für die Gefangenen abgegebenen Lebensmitteln.

Wir, die aus unserer Gefängniserfahrung wissen, dass solche Maßnahmen erste Vorzeichen eines geplanten Massakers sind, haben daher seit circa drei Wochen, genau seit dem 13. September, versucht, ein Massaker abzuwenden, indem wir uns an die Gefängnisdirektion von Bayrampaöa und an die Oberstaatsanwaltschaft Istanbul wandten. Allerdings wurden unsere Anträge auf Gespräche mit diesen Stellen abgewiesen. Wir haben schriftlich wie mündlich erklärt, dass wir dazu bereit sind, den besetzten Block zu räumen unter der Bedingung, dass uns das Wort gegeben wird, dass sich die Zustände nach der zu erwartenden Amnestie bessern und die Situation sich normalisieren wird. Weiter haben wir erklärt, dass die derzeitigen Entwicklungen ungut sind, und davor gewarnt, dass sich ein geplantes Massaker abzeichnet.

Trotz unseres Insistierens bekamen wir keine Antwort. Wir bekamen immer nur zu hören, die Sache sei „an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden".

Jetzt sagen sie zu uns, „die Toten sind nun mal tot, lasst uns die Geschichte vergessen". Sie wollen die Sache zu den Akten legen ohne Ermittlungen über die Verantwortlichen und Schuldigen, die sie auf diese Weise reinwaschen wollen. Wie oft haben wir es schon erlebt, dass die Verantwortlichen von Massakern und die Folterer auf diese Weise von jeder Schuld reingewaschen wurden! Heute, wo so viel große Worte über Menschenrechte und Demokratie gespuckt werden, ist es nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch die Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit und der Presse, dies nicht zulassen.

Wir fragen diejenigen, die keine Mühe scheuen, die Ansprüche der Bandenmitglieder (Übers.: gemeint sind hier ebenfalls dort inhaftierte Mafiamänner, die im Rahmen der Konterguerilla-Aktivitäten eng mit den höchsten Staatsvertretern verbunden sind) nach Waffen, Telefone, Drogen u.v.m. zu erfüllen, weil jeder Wunsch dieser Bandenmitglieder ihnen als Befehl gilt:

– Warum wurde das Problem der Überbelegung über ein Jahr lang nicht gelöst?

– Warum wurde uns nicht das Wort gegeben, dass das Problem der Überbelegung nach der Amnestie gelöst werden wird?

– Warum wurde eine Operation mit Maschinengewehren gegen Gefangene unternommen, die keine andere Waffen haben als ihre Probleme, ihren nackten Körper und ein paar abgebrochene Holzstöcke? Welches Ziel wird damit verfolgt, einen Kugelhagel hunderter Kugeln in eine Zelle zu schießen, in der sich über 50 Menschen befanden?

Lasst nicht zu, dass die Täter dieses Massakers sich selbst reinwaschen können. Macht Euch nicht zu Komplizen. Rückt den Tätern dieses Massakers auf die Pelle.

Was wollen wir? Warum setzten wir unsere Aktionen fort?

Wir wollen, dass diese Wahrheit veröffentlicht wird. Wir wollen, dass die Täter des Massakers zur Rechenschaft gezogen werden.

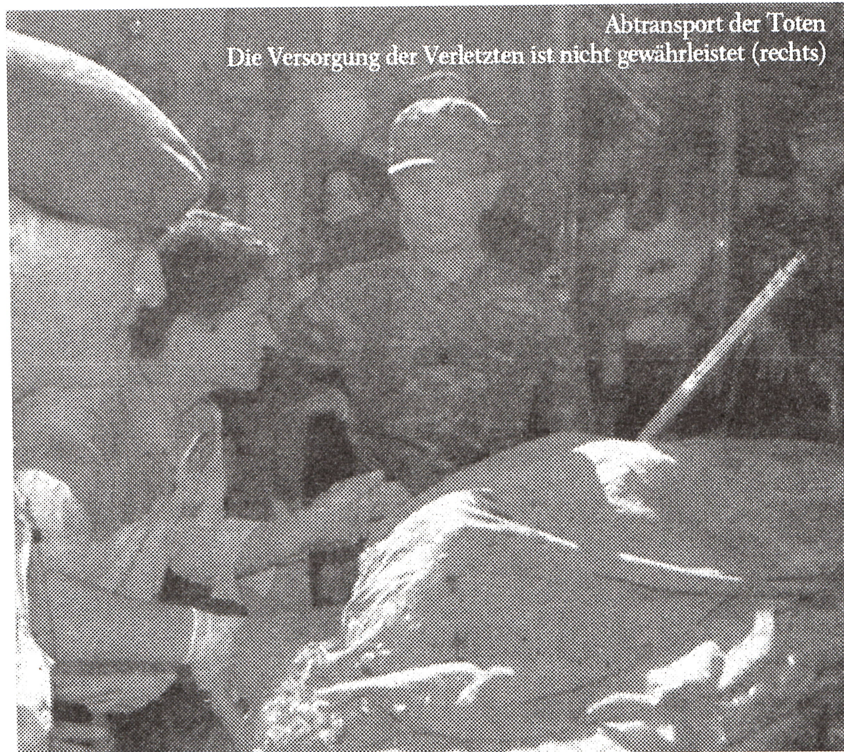
Wir wollen, dass veröffentlicht wird, dass die Behauptungen, es sei ein Tunnel entdeckt worden, die Gefangenen hätten geschossen, hätten Durchsuchungen verweigert, hätten eine Amnestie gefordert, ein Hauptmann und Soldaten hätten Schussverletzungen gehabt und ähnliche Behauptungen Lügen sind. Wir wollen, dass der wahre Grund für das Massaker veröffentlicht wird, nämlich, wie es Bülent Ecevit auch formuliert hat, dass es darum ging, die Bedingungen für die Einführung der Isolationszellen vorzubereiten.

Wir wollen, dass die medizinische Behandlung der Verletzten nicht behindert wird. Wir haben vorher mehrmals erleben müssen, wie durch die Methode der Behinderung medizinischer Behandlung Gefangene bewusst in den Tod geschickt wurden. Wir wollen keine erneuten verdeckten Massaker mehr zulassen und fordern deshalb Behandlung unter Kontrolle der Ärztekammer, des Menschenrechtsvereins IHD, der Anwaltskammer und unserer Anwälte.

Wir wollen, dass die Verantwortung für das Massaker übernommen wird. Die Täter dieses Massakers sollen aufgedeckt und Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet werden. Der Menschenrechtsverein IHD, der Verband fortschrittlicher Juristen, die Anwaltskammer und unsere Anwälte sollen bei den im Gefängnis Ankara durchzuführenden Ermittlungen und Untersuchungen dabei sein.

Wir wollen, dass unsere aus Ulucanlar zwangsverlegten Freunde zurückgebracht werden und sich das Leben dort wieder normalisiert. Ein Verantwortlicher des Justizministeriums soll eine öffentliche Erklärung zu diesen unseren Forderungen abgeben. Die Vorbereitungen zu Massakern in einer Reihe von Gefängnissen müssen aufhören. Die einfachen und leicht zu lösenden Probleme sollen gelöst werden.

Das was passiert ist, war ganz klar ein Schritt für Schritt vorbereitetes geplantes



Abtransport der Toten
Die Versorgung der Verletzten ist nicht gewährleistet (rechts)



Massaker. Die Verantwortlichen für dieses Massaker können die Wahrheit und ihre Schuld nicht durch ihre Lügen verschleiern. Die Verantwortlichen und Täter dieses Massakers müssen auf jeden Fall zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist unser kollektiver Schwur. *27. September 1999*

An die Presse und Öffentlichkeit

Um die Angriffe auf die Gefangenen im Gefängnis Ankara-Ulucanlar aufzuhalten und zu verhindern, dass sich diese Angriffe in ein Massaker steigern sowie um gegen das trotzdem stattgefundene Massaker zu protestieren, wurden in verschiedenen Gefängnissen Vollzugsbeamte als Geiseln genommen.

Diejenigen, die für dieses Massaker verantwortlich sind, versuchen nun, den Umstand, dass Geiseln genommen wurden, zum Vorwand für neue Massaker-Pläne zu nehmen. Solange der Staat seine Massaker-Politik nicht weiterbetreibt, besteht auch keine Gefahr für Leib und Leben der als Geiseln genommenen Vollzugsbeamten. Wir versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten, alle Bedürfnisse unserer Geiseln zu befriedigen. Diejenigen unter ihnen mit ernsten Gesundheitsproblemen wurden sofort freigelassen, wie z.B. in Gebze.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt übernehmen wir die Verantwortung für die Sicherheit von Leib und Leben dieser Vollzugsbeamten. Sobald allerdings der Staat unter dem Vorwand der Geiselnahme irgendeine Operation oder ein Massaker anfängt, ist er der Verantwortliche für jeden möglichen Schaden, den diese Vollzugsbeamten dann erleiden.

Wenn die Presse oder die Angehörigen der Vollzugsbeamten dies möchten, können sie jederzeit kommen, um sich mit ihnen zu treffen und sich direkt von ihnen selbst informieren zu lassen.

Zentrale Gefängnis-Koordination, 27.9.1999

Rechtsbüro des Volkes

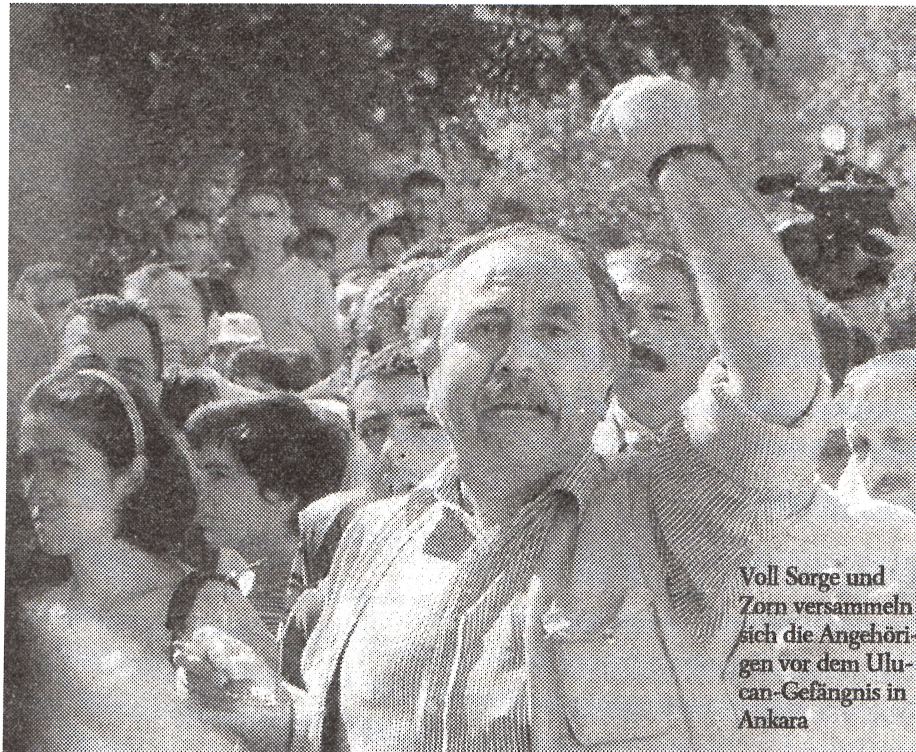
Massaker im Geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara

In den letzten eineinhalb Monaten herrschte im Geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara große Spannung. Zuletzt fand gestern nacht gegen 2.00 Uhr ein Angriff auf die Gefangenen statt. Dieser Angriff war ein geplantes, gemeinsam durchgeführtes Massaker, das allen voran vom Justizministerium, einschließlich Bülent Ecevit und der Gefängnisverwaltung des Zentralgefängnisses von Ankara, zu verantworten ist. Die vor dem Angriff in den Gefängnissen anschwellende Unzufriedenheit wurden von Seiten der Gefängnisverwaltung auf die Spitze getrieben und führte so folgerichtig zu diesem Massaker. Nachdem in den vergangenen Tagen im Geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara 120 Personen in die für 60 Personen geeignete Zelle 5 gesteckt und ihre Forderungen nicht akzeptiert wurden, haben die Gefangenen die Zelle 7 besetzt. Die dadurch erzeugte Spannung wurde von der Gefängnisverwaltung durch die Behinderung der Familien- und Anwaltsbesuche weiter gesteigert.

Heute gegen 2.00 Uhr wurde mit dem Vorwand der Durchsuchung angegriffen. Während des Angriffs wurden mit dem eindeutigen Ziel zu töten Schusswaffen eingesetzt. Die Rechtsanwälte, die seit Bekanntwerden der Vorgänge die Forderung auf eine Unterredung stellen, werden nicht an die zuständigen Stellen durchgelassen. Die Personen, die vor das Gefängnis kamen, um Auskunft über ihre Familienangehörigen einzuholen, wurden festgenommen. Die Erteilung der Auskunft über die Namen der verletzten und getöteten Gefangenen wurden seitens der Staatsanwaltschaft untersagt. Nach Auskunft von Ärzten wurden neben den mit Schusswaffen durchgeführten Morden mehrere Gefangene durch Folter getötet oder schwer verletzt. Wiederum die Ärzte gaben an, dass ein Großteil der Gefangenen durch Messerstiche an Hals und Arm verletzt worden sind. Unseren Informationen zufolge wurden die Verletzten in das Numune-Krankenhaus in Ankara und das SSK-(SVA) Krankenhaus von Ankara eingeliefert. Es wurde bekannt gegeben, dass die Behandlung der Gefangenen nicht nur durch die Gendarmerie behindert wurde, sondern dass ihnen noch nicht einmal die Handschellen entfernt wurden. Während des Angriffs sollen auch zwei Soldaten gestorben und zur GATA (Militärärztliche Akademie Gülhane) gebracht worden sein.

Den an uns weitergeleiteten Informationen zufolgen verloren bei dem Angriff durch Gefängnisleitung und Gendarmerie im Geschlossenen Ankara 10 Gefangene (nach neueren Angaben starben 12 Gefangene durch die Aktion der Polizeieinheiten) ihr Leben, und mehr als 30 Gefangene wurden schwer verletzt.

Anwältedelegationen sind bereits zu Verhandlungen eingetroffen, eine Delegation, bestehend aus Ra. Zeki Rüzgar, Mitarbeiter des Rechtsbüros des Volkes, und vier weiteren Kollegen, beim Gefängnis von Ankara, sowie Rechtsanwalt Behic Asci, Mitarbeiter desselben Büros, mit drei Kollegen zum Bayrampasa-Gefängnis. Unsere Rechtsanwälte teilten unserem Büro mit, dass sich fünf weitere Anwälte zum Gefängnis begeben haben, jedoch aufgrund des riesigen Polizeiaufgebotes in der Umgebung des Gefängnisses am Eintreten gehindert wurden. Um gegen das im Ankara-Gefängnis entfesselte Massaker zu protestieren, wurde auch in den anderen Gefängnissen mit Aktionen begonnen.



Voll Sorge und Zorn versammeln sich die Angehörigen vor dem Ulucan-Gefängnis in Ankara

Mitglieder des Rechtsbüro des Volkes rufen ihre Kolleg/inn/en im Ausland auf, in die Türkei zu reisen!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wie bekannt, wurde am 26. September 1999 um 3.30 Uhr im Geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara ein gemeinsamer Angriff von Gefängnisverwaltung, Soldaten und Polizei durchgeführt, und soweit uns bekannt ist, sind dabei bisher 10 politische Gefangene / Verurteilte, 42 Personen schwer verletzt und 33 Personen in verschiedene

Gefängnisse verlegt worden.

Der Angriff wurde seitens der Gefängnisgeneraldirektion des Justizministeriums geplant und durchgeführt. Da in die für 60 Personen geeignete Zelle 5 110-120 Gefangene verlegt wurden, forderten die politischen Gefangenen und Verurteilten die Eröffnung einer neuen Zelle. Da man diesen Wunsch völlig ignorierte, wurde die Zelle 7 von den politischen Gefangenen besetzt, und es wurde vom Ministerium verlangt, eine neue Ordnung für diese Zelle herzustellen. Jedoch, abgesehen davon, dass Ministerium und Gefängnisleitung nichts unternommen haben, um diese Zellenprobleme zu lösen, kamen sie nicht mal, um einen Zählappell durchzuführen, wodurch ein künstliches Problem erzeugt und die Spannungen erhöht wurden. Der Angriff am 26. September 1999, wie wir bereits zu Beginn betonten, wurde unter dem Vorwand, „... dass eine Anzeige über das Graben eines Tunnels erstattet wurde", durchgeführt. Die Anzeige über die Errichtung eines Tunnels ist nicht ernst zu nehmen. Wie dem auch sei, man fand bei den Untersuchungen auch keine Beweise für diese Behauptung. Im Grunde zeigt sich dadurch, dass die Soldaten völlig vorbereitet eintrafen und auch Ambulanz, Feuerwehrfahrzeuge und Spezialteams und Spezialeinheiten bereit standen, dass es keine Anzeige gibt, sonder dass sie mit der Absicht des Angriffs gekommen sind.

Über die Lage nach dem Angriff haben wir keine genaue Übersicht. Sowohl unser Treffen mit verletzten Mandanten als auch unser Anwesenheit bei der Autopsie unserer getöteten Mandanten wurde verhindert. Es gibt Meldungen, dass einige unserer Mandanten im Gefängnis geblieben sind, aber man verbietet uns, sie zu besuchen. Wir haben keinerlei Auskünfte über ihren derzeitigen gesundheitlichen Zustand. Aus diesem Grund befürchten wir, dass die Zahl der Toten sich steigern wird.

All unsere bisherigen Unternehmungen, Informationen über die Lage unserer Mandanten einzuholen, blieben ohne Ergebnis.

Wir sind um die gesundheitliche Situation unserer Mandanten höchst besorgt. Darüber hinaus wird uns das Sammeln von Beweisen für das verübte Massaker verunmöglicht.

Da uns der Besuch unserer sich noch im Gefängnis befindenden Mandanten verweigert wird und unsere Suche nach einer Beweislage für unsere getöteten Mandanten verhindert wird, möchten wir Sie mit der Bitte, uns zu unterstützen, in die Türkei einladen.

Wir bedanken uns für Ihre Sensibilität. Wir wünschen Ihnen Erfolg bei Ihrer Arbeit.
Ra. Behic Asci, 28.9.99

Halkin Hukuk Burosu
Millet Ca. Dede Pasa Sok. Tarcinci Apt. 5/1
Findikzade /Aksaray /Istanbul Türkiye
Tel/Fax 00 90 212 631 /
531 77 65 / 532 63 99

Unser Freund und Genosse

Horst Meyer

ist tot: erschossen am 15.9.1999 in Wien.

Er kämpfte für ein besseres Leben. Wir werden seine Lebensfreude, seine Solidarität und seinen Mut nicht vergessen.

Andrea, wir denken an dich und wünschen dir viel Kraft!

FreundInnen, GenossInnen und
die Angehörigengruppe

Spendenkonto für die Beerdigung in Stuttgart:
Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg,
BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4.

Unser Respekt und unsere Trauer gilt Horst Ludwig Meyer

Wir veröffentlichen einen Leserbrief an die jungeWelt sowie einige Stellungnahmen:

Horst Ludwig Meyer steht zusammen mit vielen anderen überall auf der Welt für den Weg des Kampfes für eine Gesellschaft, in der der Mensch im Zentrum steht; den Weg des Kampfes gegen das herrschende System. Im Zentrum dieses verhassten Systems sitzt der Profit und die Macht zur Sicherung des Profits. Alles andere ist untergeordnet. Zur Erhaltung und Durchsetzung wird jedes Mittel angewandt. Millionenfache physische und psychische Zerstörung in Fortsetzung. Für den Willen und konkrete Schritte, diesen Wahnsinn zu stoppen, sind viele überall auf der Welt ermordet worden, sitzen in Betonbunkern, werden vergewaltigt, gefoltert und terrorisiert.

Es stimmt: Das Ziel derer, die diesen Wahnsinn stoppen wollen, unser Ziel ist LEBEN. Nicht im biologistisch reduzierten Sinn des Überlebens, sondern in seiner ganzen Fülle und Vielfältigkeit, nicht im kapitalistisch-funktional reduzierten Sinn des Sklavenlebens, sondern frei und selbstbestimmt, nicht für einige wenige, die sich was leisten können, sondern für ale. Eine Gesellschaft ohne Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich, daran halten wir fest. Die Herrschenden versuchen, die Allmacht des Systems und die Aussichtslosigkeit von Widerstand in den Köpfen zu zementieren. Diejenigen, die das gefressen haben, sind die engagiertesten Träger dieser Propaganda.

Der Kommentar der jungen Welt vom 17.9.99 spricht die Sprache des kleinen Staatsdieners, der wachsen möchte. Die Lektion Anpassung und Unterordnung gelernt, findet sich keine Zeile über Ziele und Inhalte der Roten Armee Fraktion, keine Zeile über den historischen Kontext, keine Zeile über die Beziehungen und Zusammenhänge der revolutionären Kämpfe weltweit. Stattdessen wird nachgetreten (Lektion Aufstieg und Karriere).

Angesichts der Erschießung eines Menschen, der seine Ziele nicht verraten und sich nicht hat kaufen lassen, kommentiert die junge Welt Revolutionsspiele und Abenteuertum. Unterlegt wird solcher Zynismus mit dem Spurensicherungsfoto des Erschossenen. Als Gipfel der Widerwärtigkeit endet der Kommentar: „Horst Ludwig Meyer und Andrea Klump hatten nur noch ein Ziel: zu leben." Andrea Klump lebt, und unsere Solidarität gilt ihr.

Mit dem Abdruck solcher verleugnenden und menschenverachtenden Artikel verliert die jW jeglichen Anspruch, Medium linker Opposition zu sein.

Hamburg, den 20.9., Kurdistan Solidarität Hamburg, e-mail: kurd-sol-hh@mail.nadir.org

Rote Hilfe

Keine Auslieferung von Andrea Klump in die BRD

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. verabschiedete auf seiner Sitzung am 18.9.99 in Magdeburg folgende Erklärung:

Am Mittwoch, den 15.9.99, wurden in Wien Andrea Klump verhaftet und Horst Ludwig Meyer unter mysteriösen Umständen von einem Spezialkommando der österreichischen Polizei erschossen. Andrea Klump und Horst Ludwig Meyer wurden in der BRD als vermeintliche Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) gesucht. Die Bundesanwaltschaft wird einen Auslieferungsantrag für Andrea Klump stellen. Die Rote Hilfe e.V. fordert die zuständigen österreichischen Behörden und Gerichte auf, Frau Klump ein faires Verfahren zu garantieren und sie nicht an die BRD auszuliefern.

Bei einer Auslieferung in die BRD drohen Frau Klump eine Verurteilung ohne Einzeltatnachweis durch Sondergerichte nach Sondergesetzen. Im Falle einer Auslieferung ist zu befürchten, dass Andrea Klump in einem Sondergefängnis inhaftiert werden wird und Haftbedingungen ausgesetzt ist, die ihre gesundheitliche Unversehrtheit bedrohen."

PM des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.

Autonome Antifa (M)

„Schluss mit der Killfahndung"

Mit großer Wut und Trauer haben wir vom Tod Horst Ludwig Meyers und der Festnahme von Andrea Klump erfahren. Beide GenossInnen wurden als mutmaßliche Mitglieder der RAF seit 15 Jahren vom europäischen Polizeiapparat verfolgt. Der Tod Meyers macht deutlich, dass auch nach der Beendigung des bewaffneten Kampfes die Killfahndung als Bestandteil der Vernichtungsstrategie gegen die radikale Linke weiterbesteht. Ohne die Einstellung der umbarmherzigen Verfolgung wird eine politische Auseinandersetzung mit den Ereignissen, Forderungen und ProtagonistInnen jener Zeit unmöglich gemacht. Die Botschaft, die vermittelt werden soll, ist klar: Militanter Widerstand ist sinnlos, die, die ihn betrieben haben, sollen genauso ausgelöscht werden wie der Gedanke an eine Alternative zum bestehenden System.

Eine Sprecherin der Autonome Antifa (M) forderte: „Schluss mit der Killfahndung, Freilassung für die Gefangenen und Amnestie für die Gesuchten!"

Protest auch in Kopenhagen

„Mittwoch, den 29. September 99, werden Aktivisten zur österreichischen Botschaft in Kopenhagen demonstrieren.

Wir trauern im Zorn über die Hinrichtung von unseren Genossen Horst-Ludwig Meyer.

* Wir fordern die Etablierung einer staatlich unabhängigen internationalen

Untersuchungskommission zur Klärung der Umstände, die zum Tod von Horst-Ludwig Meyer führten.

* Wir fordern die sofortige Zulassung eines von Andrea Klump frei gewählten Anwalts.

(...)

Für einen globalen Widerstand von unten gegen die HERRschende Ordnung !

Unsere Gedanken sind bei der gefangenen Genossin in Wien !

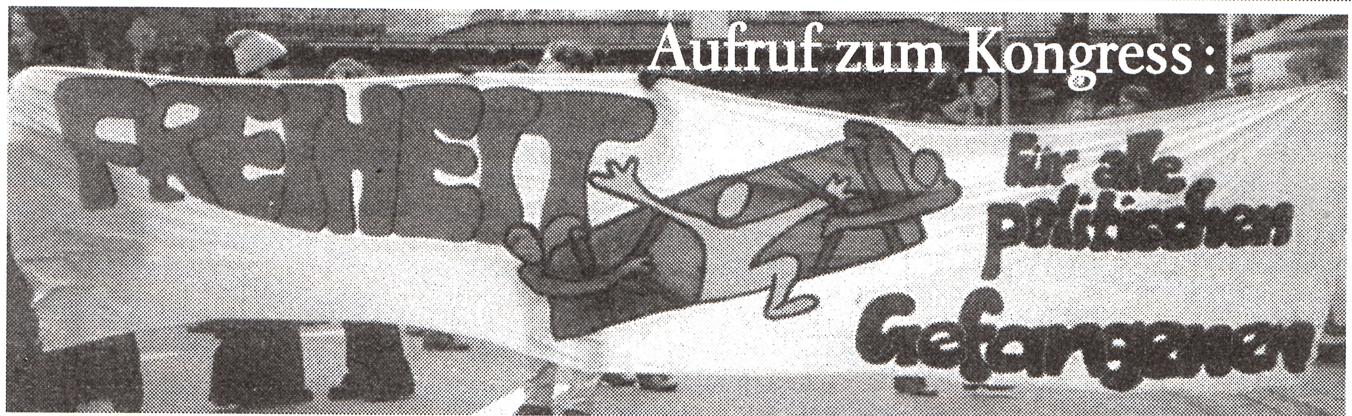
no justice no peace!"

Wende in der Rechtsprechung?

Neuaufnahme des Bad-Kleinen-Verfahrens möglich

Im April 1977 bzw. Februar 1999 war die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen Infos, Christiane Schneider, in erster und zweiter Instanz wegen Staatsverleumdung (§ 90a, Beschimpfung) verurteilt worden: Es ging um zwei Artikel im Angehörigen Info, in denen der Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen als staatlicher bzw. staatlich gedeckter Mord und die anschließenden Ereignisse als Vertuschung bezeichnet worden waren.

Das Hamburger Landgericht sah den Tatbestand der Verunglimpfung der BRD durch die Tatsachenbehauptung erfüllt, Grams sei ermordet worden, und zwar ohne dass die inkriminierten Äußerungen eine Formalbeleidigung darstellten und unabhängig davon, ob sie wahr oder falsch seien. Das Landgericht stützte sich dabei auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes von 1961. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung, nach der allein die Behauptung schimpflichen Verhaltens, also ohne besonders verletzenden Ausdruck und unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt strafbar sei, wird der ohnehin unsägliche §90a zu einem Instrument buchstäblich maß- und bodenloser Verfolgung politischer Kritik. Die Revision gegen das Urteil hat nun einen ersten Erfolg erbracht. Das Oberlandesgericht Hamburg, das über die Revision zu entscheiden hatte, hat es nämlich abgelehnt, die Revision zu verwerfen, und die Sache dem Bundesgerichtshof vorgelegt



am Samstag, den 23. Oktober 99, in Bremen

Ein überregionales Solidaritätsbündnis für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen in der BRD startet und ruft auf zu einem bundesweiten Kongress mit internationaler Besetzung gegen Repression, der im Herbst 99 in Bremen stattfinden wird.

Das Bündnis, welches internationale und deutsche fortschrittliche Kräfte umfasst, als Initiator dieses Aufrufes und des Kongresses, getragen durch verschiedene fortschrittliche linke und revolutionäre Initiativen und Organisationen, will mit Ausrichtung des Kongresses und breiter Mobilisierung dahin gegen die Spirale der staatlichen Repression der BRD ein verstärktes Zeichen unseres Widerstandes und seiner Notwendigkeit setzen. Wir wollen ein organisiertes Zusammenkommen und eine gemeinsame Diskussion unter verschiedenen Menschen und Zusammenhängen und der Verfolgte ermöglichen und voranbringen. Wir wollen vor allem den politischen Gefangenen aus verschiedenen Organisationen und Gruppen in der BRD unsere ideelle und entscheidender noch praktische Solidarität ausdrücken und uns inhaltlich in Bezug zu den Kämpfen stellen, die geführt werden müssen, um den nötigen Druck auf die Verantwortlichen ausüben zu können. Die Repression und Quälerei in den Gefängnissen muss beendet werden! Wir müssen die Freiheit unserer Genossen erreichen!

Wir sagen: Die Gefangenen sind Teil eines weltweiten Kampfes für ein menschenwürdiges Leben, für Gesellschaften auf der Basis von Vernunft, Gerechtigkeit und Solidarität. Dieser Staat hat kein Recht, seine politischen Gegner in der Gefangenschaft zu vernichten.

Der Kongress findet am 23./24. Oktober 1999 in Bremen mit ReferentInnen aus Bewegungen und Organisationen verschiedener Länder statt. Eingeladen sind ReferentInnen für verschiedene einleitende Redebeiträge, um anschließend Workshops in Kleingruppen und Diskussionen durchführen zu können, in denen die Gefangenen und weitere von der Spirale der Repression Betroffene sowie konkret die Fragen eines Aufbaus praktischer Solidarität mit ihnen im Vordergrund stehen sollen.

Ziel ist es, eine möglichst breite Öffentlichkeit mit diesem Kongress ansprechen zu können und sie für die Solidarität mit und für den Schutz der politischen Gefangenen und Verfolgten zu gewinnen.

Es geht uns in diesem Kongress nicht darum, eine einzige Wahrheit über die verschiedenen Kämpfe zu propagieren. Wir wollen eine Diskussion mit all denen, die bereit sind, unter Aufrechterhaltung von Widersprüchen einen kritischen und solidarischen Diskurs zu führen, der den Aufbau eines Widerstandes voranbringen soll.

Um mit den Worten der Gefangenen aus der Action Directe zu sprechen: „Bei der Frage der politischen Gefangenschaft ist es entscheidend zu verstehen, dass es nicht in erster Linie darum geht, unser Leben zu garantieren, sondern das Leben des Kampfes, der unserer war und immer noch der unsere ist.“

Staatliche Repression war der BRD von Anfang an in die Wiege gelegt (KPD-Verbot), aber eine enorme qualitative Steigerung wurde durch den Paragrafen 129a erreicht, der angeblich gegen eine spezielle Gruppierung gerichtet war. Mit der Zeit nutzte der Staat dieses Repressionsmittel allerdings aus, um ein immer größer werdendes Spektrum von „Außenseitern“ und fortschrittlichen Menschen zu kriminalisieren. Dieser Paragraf ist nur die Spitze des Eisberges, denn der Staat greift auf einen großen Vorrat subtiler faschistoider Mittel zurück, wie etwa die Kriminalisierung politischer Äußerungen des AStAs oder ehemaliger DDR-Amtsträger oder die Herabwürdigung ganzer Bevölkerungsschichten wie etwa MigrantInnen, Flüchtlinge und Erwerbslose zum gesellschaftlichen Sündenbock und Abfallprodukt.

Wir haben unter anderem die Prozessbeobachter-Gruppe der AIZ, Isaac Velazco von MRTA, die Kundschafter des Friedens, die Antifa-M, Soligruppe der RAF-Gefangenen, die CASTOR-Gegner und die Prozessbeobachtergruppe zu den DHKP-C-Prozessen eingeladen, die ausführlich zum Thema referieren werden.

„Es wurde mit diesen Kämpfen eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt, die heute, fast 30 Jahre nach dem Aufbruch, nichts von ihrer Brisanz verloren hat – die Praxis eines proletarischen Internationalismus, die dem aktuellen Niveau der imperialistischen Machenschaften des weltweit organisierten Kapitals entspricht.“

Wir laden Euch herzlich zum Anti-Repressionskongress in Bremen ein.

Ort: Bürgerhaus „Weserterassen“, Osterdeich 70b, 28206 Bremen,
Samstag, 23. Oktober, 10-18 Uhr
Kontakt-Tel.: (04 21) 3 98 97 74

zur Entscheidung über die Frage, ob es für die Anwendung des § 90a Abs. 1 auf die Wahrheit oder Unwahrheit ankomme, eine Frage, die das OLG selbst bejaht.
Damit ist nicht mehr ganz auszuschließen, dass der BGH der Revision stattgibt und die absurde Rechtsprechung revidiert. Das bringt zwar nicht den §90a zu Fall, beschränkt aber immerhin die politischen Verfolgungsmöglichkeiten. In diesem Falle muss oder besser kann die ganze Sache neu verhandelt werden. Das wäre ein großer Erfolg in dem Bemühen zu verhindern, dass sich die Verantwortlichen der Kritik ihres Handelns durch Zensur entziehen und die Todesumstände von Wolfgang Grams mit dem Mantel des Schweigens auf ewig zudecken. *(Red,)*

Zensur bei AOL ?? Ein Bericht

Antifaschismus im Internet wird kriminalisiert...

Am 14.9.1999 erhielt ich gegen 17.00 Uhr einen Anruf eines Mitarbeiters von America Online-AOL. Mir wurde mitgeteilt, dass ich bis 18.00 Uhr meine Seiten unter der AOL-Adresse http://members.aol.com/linkeseite Aufgrund ihres politischen Inhaltes zu löschen habe, bzw. vom Server nehmen muss, andernfalls eine Löschung durch AOL erfolgt. Ich habe diesen Anrufer mehrmals darauf hingewiesen, dass ich diesen Vorfall keinesfalls akzeptieren werde. Auch konnte mir auf meine Nachfragen, dies doch etwas konkreter zu Begründen, keinerlei Auskunft gegeben werden.

Ich habe daraufhin eine Mail-Aktion gestartet, von deren Resonanz ich mehr als überrascht war. Aus Holland wurde mir eine Spiegelung der Seiten angeboten und innerhalb kürzester Zeit auch realisiert. Auch eine Protestseite gegen das Vorgehen von AOL wurde dort eingerichtet. Auch habe ich sofort um einen neuen Platz im www geschaut http://www.linkeseite.de Ferner hatte ich daraufhin sofort mit der Tageszeitung „Junge-Welt" (jw) Kontakt aufgenommen. Auch dort wurde dieser Vorgang mit Unverständnis betrachtet. Als die jw am 15.09. bei der Pressestelle von AOL in Hamburg die genauen Gründe dieser Handlungsweise nachfragte, kam von dort die Auskunft, dass die Seiten bleiben könnten, sofern die antifaschistischen Inhalte entfernt würden – eine Auskunft, was man denn gegen Antifaschismus habe erhielt die jw nicht.

Nachdem meine Seiten am Morgen des 15.09. noch immer über AOL zu erreichen waren, fragte ich erneut bei AOL an, ob dieser Beschluss denn nun definitiv so bestehen bleibe, wurde mir mitgeteilt, dass dem so sei, meine Seiten vom Netz müssen, eine Löschung durch AOL aber technikbedingt etwas dauern könne. Daraufhin habe



Auf der „Linken Seite" werden Artikel und Verweise zu internationalen linken Projekten, Ratgeber für DemonstrantInnen, wie sie sich im Fall einer Festnahme zu verhalten habe, sowie Aufruf z.B. der Roten Hilfe und zur Freilassung von Mumia Abu-Jamal publiziert. Das Symbol der RAF stand neben einem Aufruf zur Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF.

ich eine Startseite eingerichtet, auf welcher die Vorgehensweise von AOL verdeutlicht wurde „Zensur bei AOL", sowie einen Link auf die gespiegelten Seiten nach Holland gelegt. Die Resonanz war überwältigend und hat mich darin bestätigt, dass mein Entschluss der Öffentlichmachung richtig war.

In den darauffolgenden Tagen erhielt ich mehrere Anrufe verschiedener Mitarbeiter von AOL. Ich wurde darum gebeten, mir doch Gedanken zu machen, wie man diese ganze Sache – die eigentlich ein Missverständnis sei – deeskalieren könne. Als ich auf die – mir durch die von AOL praktizierte Vorgehensweise – entstandenen Kosten zu sprechen kam wurde mir mitgeteilt, dass sich auch hier mit Sicherheit ein Weg finden ließe.

Mir wurde mitgeteilt, dass meine Seiten nun doch unverändert bleiben könnten, ich doch weiterhin den „Service" von AOL in Anspruch nehmen solle, schließlich seien ja alle AOL-Mitarbeiter Antifaschisten.

Am 22.9.1999 habe ich nun meine Mitgliedschaft bei AOL zum Ende des Rechnungsmonates gekündigt.

AOL sieht sich mit einer Reihe von Kündigungen konfrontiert und auch im www tut sich so einiges. Inzwischen kursieren „Anti-AOL-Buttons", die ich doch sehr ansprechend finde.

Jedem, der mit diesen Ereignissen nicht einverstanden ist möchte ich ans Herz legen, sich einen dieser Buttons auf seine Homepage zu basteln und im Falle einer Mitgliedschaft bei AOL seine persönlichen Konsequenzen zu ziehen.

AOL wird in Zukunft durch seine aggressive Preispolitik seine Stellung als einer der größten Internet-Anbieter in der BRD festigen – setzen wir dem etwas entgegen!! Die Linke Seite wird weiterhin gegen eine Zensur im www arbeiten.

Antifaschismus ist notwendig – nicht kriminell !!!

Oliver-Thilo Barthel

++ACHTUNG++

Neue Internetadresse – Bitte Links ändern
DIE LINKE SEITE
Mailto: info@linkeseite.de URL: http://www.linkeseite.de
Fax & Voicebox: 0721-151216147

Mannheim

Hungerstreik gegen Abschiebung

Mannheim, den 22.09.99:
Verhindern wir die Abschiebung eines im Hungerstreik befindlichen Flüchtlings!

Moussa Moussaoui, Flüchtling aus Algerien, befindet sich seit 20.07.99 – das sind neun (!) Wochen – in Mannheim in der Justizvollzugsanstalt (JVA) im Hungerstreik.

Herr Moussaoui teilte seine Zelle mit dem bei einem Abschiebeversuch zu Tode gekommenen sudanesischen Flüchtling Aamir Ageeb. Gegen die Umstände dessen gewaltsamen Todes hatte Moussa Moussaoui in der Abschiebehaftanstalt auf dem Gelände der JVA protestiert. Daraufhin wurde er mit seiner Verlegung vom Abschiebegefängnis in eine Isolierzelle im Haupthaus bestraft.

Seitdem ist Moussa Moussaoui im Hungerstreik. Er hat inzwischen 18 Kilo abgenommen und ist extrem geschwächt. Eine Anstaltsärztin, die ihn noch nie persönlich begutachtet hat, bescheinigte dem Gericht vor wenigen Tagen seine Haftfähigkeit, ohne dies in irgendeiner Weise zu begründen. Augenblicklich befindet er sich in der Krankenstation des Gefängnisses.

Trotz der lebensgefährlichen Situation für Herrn Moussaoui beabsichtigte das Regierungspräsidium Freiburg, ihn am 22.09.99 abzuschieben! Die geplante Abschiebung ist erst mal aufgeschoben, weil der Verwaltungsgerichtshof Mannheim die Beschwerde einer Rechtsanwältin angenommen hat. So lange das Gericht noch nicht über diese Beschwerde entschieden hat, kann Herr Moussaoui nicht abgeschoben werden. Dies

heißt aber nicht, dass die Abschiebung nicht doch noch vorgenommen wird – falls der VGH negativ entscheiden sollte !

Die Frist für die angeordnete Abschiebehaft wäre am 22.09.99 abgelaufen. Der Richter am Amtsgericht Mannheim, Burk, hat per Beschluss am gleichen Tag die Verlängerung der Abschiebungshaft bis zum 06.10.99 angeordnet – sonst hätte Herr Moussa Moussaoui frei gelassen werden müssen!

Wir fürchten, dass Herr Moussaoui eine Abschiebung nicht überleben wird. Wir fordern seine sofortige Freilassung und ein Bleiberecht für ihn!

Der Druck auf das Regierungspräsidium Freiburg und das Innenministerium muss verstärkt werden, damit die geplante Abschiebung abgewendet werden kann. Wir bitten euch daher, Protestschreiben an beide Institutionen zu schicken oder zu faxen und diese aufzufordern, für die unverzügliche Freilassung von Moussa Moussaoui zu sorgen und ihm endlich Asyl zu gewähren. Informiert uns bitte, wenn ihr entsprechendes macht!

Adressen:
Regierungspräsidium Freiburg,
z.Hd. Herr Schmieder,
Wiesentalstr. 20, 79115 Freiburg
Fax: 0761-40101-100
Innenminister
Dr. Thomas Schäuble,
Dorotheenstr. 6,
70173 Stuttgart,
Fax: 0711-231339

Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim, c/o JUZ Mannheim, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim

DHKP-C-Prozess

Verlegung nach Protest

Am Mittwoch, den 8. September, begann vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht der Prozess gegen Herrn Mesut Demirel. Die Verteidigung erklärte hierzu folgendes:

Mesut Demirel, 44 Jahre alt, ist angeklagt, Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung (DHKP-C / Dev Sol) zu sein. Auch wird ihm vorgeworfen, Mittäter von Brandanschlägen in den Jahre 1995/96 gewesen zu sein. Schließlich behauptet der Generalbundesanwalt in seiner Anklage, Mesut Demirel habe Beihilfe, in Form der psychischen Beihilfe, zu einer versuchten Tötung geleistet.

Nichts von alledem wahr. Mesut Demirel, als linker Journalist und Demokrat lange in einem türkischen Gefängnis, wird die Vorwürfe in seinem Prozess widerlegen. Er war Pressesprecher der DHKP-C; ein Mann, der in Europa mit Wort und Schrift für seine politischen Ziele kämpfte, nicht mit Gewalt. Die Ankläger versuchen, dem klassischen Anliegen des Terrorismusvorwurfs entsprechend (§129a StGB), die revolutionäre Gesinnung zu bestrafen.


Mesut D.

Mesut Demirel hat aufgrund eines gegen ihn gerichteten Briefbombenattentats beide Hände und ein Auge verloren. Er ist zu 100% schwerbehindert. In der JVA Bochum, in der er sich noch bis zum 31.8.1999 befunden hat, war er auf einer Pflegestation untergebracht. In der Untersuchungshaftanstalt Hamburg, die wegen ihrer unerträglichen Bedingungen schon des öfteren in der Öffentlichkeit gerügt wurde, hat man ihn im Normalvollzug untergebracht.

Er befindet sich allein in einer der aus dem letzten Jahrhundert stammenden Primitivzellen. In dieser Zelle gibt es nicht einmal eine Steckdose. Er hat selbstverständlich keine pflegerische Unterstützung, und es fehlen ihm die einfachsten Informationsmittel, wie etwa ein Radio.

Hinzu kommen die harten Isolationsbeschränkungen der §129a-Gefangenen: Trennscheibe, Kontaktkontrolle, Einzelhofgang, Einzeleinkauf, rigide Zellenkontrolle etc.

Unter diesen Haftbedingungen kann es keinen fairen Prozess geben. Diese menschenunwürdigen Haftbedingungen müssen sofort aufgehoben werden, und Mesut Demirel muss in eine Pflegeeinrichtung gebracht werden.

***

Mesut D. kritisierte seine Verlegung in eine aus dem vorigen Jahrhundert stammende Zelle mit folgenden Worten:

„Mag sein, dass ihr nicht die gleichen Ansichten vertretet, aber ist denn auch eure Menschlichkeit verloren gegangen? Wie könnt ihr in die Gesichter eurer Kinder und Frauen blicken? Und seid euch darüber im Klaren, nicht für mich selbst beschwere ich mich, sondern ich bin besorgt um euch …"

Er wurde am gleichen Tag aus der Zelle herausgeholt und ins Krankenhaus verlegt.

Die nächsten Prozesstermine gegen Mesut D.:
7., 13., 14.10.
2., 10., 11.11

Der Prozess gegen Ilhan Y. geht dem Ende entgegen. Die nächsten Termine:
6.10., 9.30 Uhr, Plädoyer der BAW
12.10, 9.30, und 19.10, 11.00 Uhr: Plädoyer der Rechtsanwälte
1.11., 14.30 Uhr, Schlusswort von Ilhan
3.11., 9.11., jeweils 9.30

Prozess-Bulletin zu den DHKP-C-Prozessen

Seit dem DHKP-C-§129a-Pilotprozess, der imMmai 1998 begann und im Februar 1999 mit hohen Haftstrafen gegen die Angeklagten u.a. wegen „Mitgliedschaft und/oder Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung" endete, läuft die Prozesswelle gegen AnhängerInnen der DHKP-C in der BRD. Die Organisation wurde im August 1998 vom damaligen Bundesinnenminister Kanther verboten. Seit Februar und September laufen die Nachfolgeprozesse vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Hamburg, die im Dezember diesen Jahres um einen weiteren vor dem OLG Frankfurt/M. erweitert werden.

Die DHKP-C führt in der Türkei/Nordkurdistan einen antioligarchischen und antiimperialistischen Befreiungskampf auf marxistisch-leninistischer Grundlage und kämpft für eine unabhängige und sozialistische Türkei.

Aufgrund der massiven Repression der BRD-Justiz gegen eine revolutionäre Befreiungsbewegung, die ihren politisch-militärischen Kampf ausdrücklich auf dem Territorium der Türkischen Republik führt, werden wir in einem Abstand von 2-3 Monaten ein Prozess-Bulletin erstellen und herausbringen. Mit diesem Bulletin wollen wir die linke und aufgeschlossene Öffentlichkeit über die Entwicklungen laufender und über anstehende Staatsschutzverfahren unterrichten und dafür sensibilisieren.

Inhalt des Bulletins werden Pressemitteilungen der Verteidigung, der Angeklagten, der Prozessbeobachtungsgruppen, Zeitungsartikel und sonstige themenrelevante Beiträge von Solidaritäts- und Antirepressionsgruppen sein.

Es kann unserer Ansicht nach nicht unbeantwortet bleiben, dass sich die BRD zum wiederholten Male zum verlängerten Arm des Susurluk-Staates macht und hier zum Schlag gegen revolutionäre Strukturen ausholt. Ein Großteil der radikalen Linken in der BRD hat die Brisanz dieser Ereignisse (noch) nicht ausreichend registriert und zeigt sich (noch) weitgehend teilnahmslos. Aber: Staatsschutzangriffen kann nur gemeinsam entgegen getreten werden.

Das Prozess-Bulletin wird herausgegeben von:
Prozessgruppen zu den DHKP-C-Prozessen, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern, Fax (06 31) 4 57 22, Tel. 01 73 9 46 70 78
gruppe mücadele, c/o RefRat HUB, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Isolationshaft für Totalverweigerer

Linden wieder in Freiheit!

Nürnberg, Roth, 21.9.: Nach mehr als 73 Tagen Isolationshaft in der Otto-Lilienthal-Kaserne in Roth befindet sich der totale Kriegsdienstverweigerer Elmar Linden wieder in Freiheit.

Nach Ablauf des 4. Arrests am 20. September 1999 erklärte die Kasernenleitung in Vertretung des Truppendienstgerichts Süd, Regensburg, den Arrest für vorläufig aufgehoben.

Der totale und konsequente Kriegsdienstverweigerer Elmar Linden verweigert den Kriegsdienst total. Sowohl den Waffendienst als Soldat als auch den waffenlosen Versorgungskriegsdienst, den Militärersatzdienst als sogenannter Zivildienstleistender.

Mehr als 73 Tage wurde Linden in Isolationshaft in der Otto-Lilienthal-Kaserne festgehalten, um im Arrest seinen Widerstand zu brechen.

Viermal wurde der Arrest gegen Linden verlängert. Der willkürlichen Bestrafungsaktion gegen den Gewissens"täter" Linden folgt nun eine Anklage mit Gerichtsverhandlung mit ungewissem Ausgang. Und doch ist die Gewissensentscheidung für den 20-Jährigen unumstößlich, für die er reichlich „Schwierigkeiten" in Kauf nimmt.

Nach Linden, und darin folgt er der Argumentation der Totalverweigerer-Bewegung in Deutschland, ist Zivildienst und der Dienst in der Armee eingebunden in das sogenannte Konzept der Gesamtverteidigung. Dies würde im Ernstfall auch heißen, dass Zivildienstleistende für Waffentransporte, Minenräumen und als Sanitäter an der Front eingesetzt werden könnten. Dies lehnt Linden ab.

Darüber hinaus wirkt der sogenannte Zivildienst als Jobkiller, da gerade im sozialen Bereich durch mehrheitlich unzureichend qualifizierte Zivildienstleistende Arbeitsplätze für gut ausgebildetes Fachpersonal ersetzt werden. So ersetzen die ca. 170.000 Zivildienstleistenden pro Jahr Zehntausende von Arbeitsplätzen. Dies ist angesichts von mehr als 4 Millionen arbeitsloser Menschen ein gesellschaftlicher Skandal und im übrigen nicht mit dem Zivildienstgesetz zu vereinbaren.

Durch seinen Widerstand protestiert Elmar Linden individuell und selbstbestimmt gegen den Krieg und das durch ungehemmte Rüstungsexporte speziell von Deutschland, als zweitgrößtem Rüstungsexporteur der Welt, verursachte Elend.

Der Prozess gegen Linden wird demnächst voraussichtlich in Schwabach stattfinden.

PM der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V., Gruppe Nürnberg vom 21.9.



Frankfurt

Bußgeldverfahren wegen Blockade der Rhein-Main Airbase

Wegen der Teilnahme an einer Demonstration und Blockade der Zufahrt der Rhein-Main Airbase am 30.05.99 wurde gegen Tim Weltermann aus Essen ein Bußgeldverfahren des Ordnungsamtes Frankfurt eingeleitet. Dem Essener wird vorgeworfen, „gemeinschaftlich mit 31 weiteren Personen" gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Der Vorwurf basiert auf eine Demonstration aus Anlass Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien vor der Rhein-Main Airbase, an der ca. 60 Personen teilgenommen haben …

Von der Rhein-Main Airbase starteten während des Angriffskrieges gegen Jugoslawien täglich ca. 100 US-amerikanische Militärmaschinen, um NATO-Kampfflugzeuge mit Treibstoff zu versorgen. TeilnehmerInnen dieser gewaltfreien Demonstration, zu der die DFG-VK und andere … aufgerufen hatten, wurden damals für mehrere Stunden in Polizeigewahrsam genommen. Im Rahmen der Blockade wurden die Soldaten aller Kriegsparteien – insbesondere auch die der Bundeswehr – dazu aufgerufen, alle Befehle zu verweigern und zu desertieren. Wegen dieses Aufrufes wurden mittlerweile bundesweit vermehrt Ermittlungsverfahren wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" eingeleitet, bzw. Strafbefehle verhängt. Ein Verfahren gegen Torsten Froese von der DFG-VK FfM wegen der „Aufforderung zu Straftaten" wurde jüngst eingestellt. Er erklärte zu dem widersprüchlichen Vorgehen der Behörden in Frankfurt/M., „dass mit dem anscheinend weniger öffentlichkeitswirksamen Verhängen von Bußgeldern KriegsgegnerInnen von staatlicher Seite begegnet werden soll. Teilnehmer der damaligen friedlichen Blockadeaktion gegen den NATO-Angriffskrieg teilten uns allerdings schon mit, dass sie keine Bußgelder zahlen werden. Stattdessen wollen diese in einem Prozess vor dem Amtsgericht Frankfurt/M. klären lassen, ob die Blockadeaktion wegen des verfassungswidrigen Angriffskrieges legitim war."

DFG/VK FfM, 7.9.99

Berlin

Büros und Privaträume von AntimilitaristInnen durchsucht

Am 11.9. wurden mehrere Geschäfts- und Privaträume in Berlin durchsucht. Betroffen waren das „Büro für antimilitaristische Maßnahmen" in Kreuzberg die Landesgeschäftsstelle der JungdemokratInnen / Junge Linke in Mitte sowie mindestens zwei Privatwohnungen.

Die Durchsuchungen wurden damit gerechtfertigt, dass ein offensichtlich größerer Personenkreis beabsichtigt, sich Zugang zur nicht öffentlichen Tagung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes am 12.9. verschaffen zu wollen, um Straftaten zu begehen. Dieser Vorwurf wurde damit begründet, dass sich der Bundeswehr namentlich bekannte Personen im Zusammenhang mit den Gelöbnisstörungen um Einlasskarten bemüht haben sollen.

Berlin soll unter Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze hauptstadtfähig werden. Welche Erkenntnisse die Staatsanwaltschaft hat, dass Straftaten wie das „Werfen von Farbbeuteln" oder „Sachbeschädigungen", wie der Durchsuchungsbeschluss behauptet begangen werden sollen, bleibt offen und entbehrt jeder Grundlage.

Dass die Berliner Justiz solche Straftaten, für die es weder konkrete noch allgemeine Anhaltspunkte gibt, zum Anlass nimmt, das Grundrecht auf die „Unverletzlichkeit der Wohnung" zu brechen, zeigt, dass sie die phantasievollen Störungen des Gelöbnisses als schmähliche Niederlage ansieht und jetzt auf billige Weise Rache nimmt. Zu diesem Zweck werden potenziell kritische Stimmen bereits im Vorfeld kriminalisiert.

Die CDU hatte nach dem Gelöbnis angekündigt, Berlin von den „Linken" zu säubern. Die Justiz hat verstanden. Für die demokratische und politische Kultur der Hauptstadt der „Berliner Republik" ein Schlag ins Gesicht.

Nach PM der Kampagne gegen Wehrpflicht …, 11.9.

Überkleben von Wahlplakaten höchstrichterlich verfolgt

Am 14. August wurden Marlit K. und Jutta B. Strafbefehle wegen „gemeinschaftlicher versuchter Sachbeschädigung" zugestellt. (Seit ca. 3 Jahren ist der Versuch der Sachbeschädigung strafbar):

„Sie werden beschuldigt, in Hamburg am 11.6.99 gemeinschaftlich eine fremde Sache zu beschädigen versucht zu haben, indem Sie im bewussten und gewollten arbeitsteiligen Zusammenwirken mit der gesondert verfolgten J.B./M.K. gegen 00.00 Uhr auf dem Mittelstreifen der Ehrenbergerstr./Max-Brauer-Allee zwei dort aufgestellte Wahlplakate der CDU zur Europawahl jeweils mit einem ca. 25 cm x 85 cm großen Papierstreifen mit der Aufschrift „Keine Stimme den Kriegsparteien" überklebten, die jedoch unverzüglich nach der Tat ohne Beschädigung der Wahlplakate wieder entfernt werden konnten, weil der zum Verkleben verwendete Kleister noch nicht angetrocknet war."

Während die SPD auf eine Strafanzeige verzichtete und einen Brief ankündigte, in dem sie den Beschuldigten die Gründe ihrer Kriegsbefürwortung erläutern wollte, bestand die CDU auf einer strafrechtlichen Verfolgung. Festgesetzt wurde eine Geldstrafe von 200,- DM (+51,- DM Verfahrenskosten), ersatzweise 10 Tage Freiheitsentzug. Interessanterweise war „vergessen" worden, beiden Anwälten der Beschuldigten – trotz Antrages – Akteneinsicht zu gewähren.

Die Angeklagten meinen, sie wären bereit, eine Verurteilung wegen versuchter Sachbeschädigung hinzunehmen, wenn auch die, die diesen Krieg in die Wege geleitet und geführt haben, wegen Bruchs des Völkerrechts und des Grundgesetzes und wegen Anstiftung zu mehrfacher Körperverletzung und zum Töten zur Rechenschaft gezogen würden.

Weil dies bisher nicht der Fall ist, haben Jutta B. und Marlit K. Gegen diesen Strafbefehl Einspruch erhoben. Deswegen findet am Freitag eine öffentliche Gerichtsverhandlung statt, zu der die Beschuldigten herzlich einladen. Am 1. Oktober 1999 findet im Amtsgericht Hamburg-Altona der Prozess statt.



Ein Brief Eva Juhnkes aus dem Gefängnis

Wertvoll ist, was den Menschen voranbringt[1]

Das Tempo der politischen Entwicklung ist hoch. Manchmal entwickelt sich von einem Moment auf den anderen eine neue Situation. Wir als Individuen sind nicht bereit. Die Bedingungen sind vorhanden. Das organisatorische Umfeld ist auch vorhanden. Das ist, was wichtig ist. Dementsprechend müssen wir bereit sein. Wir müssen uns selbst bereit halten. Die politische Entwicklung schreitet nicht entsprechend dem Individuum voran, sondern nach ihren eigenen Gesetzen.

Während wir immer noch die Thesen der demokratischen Lösung, die unsere PF[2] Ende Mai mit ihrem Manifest für das 21. Jhd. präsentierte, diskutieren, immer noch zu verstehen versuchen, sehen wir, dass sie durch den Aufruf zum „Rückzug" am 2. August konkret zu werden beginnen. Und wir wundern und fragen uns: Hat uns die Realität überholt? Wir sagen: Nein. Wir können einen Vorgang feststellen, der nur aus der Eigenschaft, Avantgarde zu sein, entspringt. Wir bemerken, dass unsere PF wieder, wie immer, Avantgarde in der Entwicklung der PKK ist.

Wer ist Avantgarde?[3] Jemand, der nicht erwartet, dass andere einen Schritt machen, der die notwendigen Schritte selbst macht und dadurch den anderen zwingt, ihm zu folgen. Die Avantgarde stellt selbst die notwendige Entwicklung sicher. Dadurch wird sie Motor des Fortschritts. Kurz, die Avantgarde ist am Anfang von allem. Sie ist die erste bei allem. Den anderen bleibt nur, im Schatten der Avantgarde, nach ihr zu kommen. Natürlich kann man versuchen, sie zu erreichen und zu passieren, sonst würde man schließlich völlig zurückbleiben und aus den Augen verloren werden. Das Schicksal dieser ist, Geschichte zu sein. In der Zukunft ist kein Platz für sie. Wer aber die Eigenschaften der Avantgarde trägt, ist richtungsweisend, findet neue Wege und weiß sie zu gehen. Dadurch kann das Bestehende unter Druck gesetzt werden. Natürlich kann man zögern, die neuen Wege zu gehen, denn die neuen Wege beinhalten immer eine Ungewissheit. Ein Risiko. Die alten Wege sind nicht so. Weil sie schon benutzt wurden, ist klar, wo sie uns hinführen. Von daher ist es leicht, die alten Wege zu gehen, an die man sich gewöhnt hat. Aber lasst uns offen fragen: Wohin haben diese alten Wege den Menschen geführt? Mit den neuen Wegen können neue, positivere Ergebnisse erreicht werden. Auch wenn es schwer sein sollte, kann ihr Nutzen höher sein. Daher ist der Hauptgrund, Avantgarde zu sein, das Bestehende zu bezwingen. Es zu bezwingen, gewährleistet seine Überwindung. Dies ist genau die Methode, den Menschen vorwärts zu bringen. Dies verlangt Verantwortung und außergewöhnlich kunstfertige Arbeit. Daher ist es kein Zufall, Avantgarde zu sein. Im Gegenteil, es ist das Ergebnis davon, die Ursachen, die das Bestehende geschaffen haben, zu erforschen, zu hinterfragen, sie einer objektiven Bewertung zu unterziehen und auf dieser Grundlage die Zukunft zu planen.

Das Manifest des 21. Jahrhunderts, das die PF vorgelegt hat, ist die Planung der Zukunft. Es ist ein Ergebnis von 40 Jahren intensiver persönlicher Anstrengung, von 20 Jahren organisierter Aktivität, der Erfahrungen aus 15 Jahren Krieg und der Verwendung des historischen Erbes der letzten 100 Jahre. Zum ersten Mal hat unsere PF eine derart umfangreiche Analyse angestellt und dadurch ein neues Lösungskonzept für nationale Befreiungskämpfe entwickelt. Auch wenn die Kampfphase in gewisser Weise dies schon widergespiegelt hat, hat es erstmals derartig umfassend gesammelt und in klaren Thesen seinen Ausdruck gefunden. Und indem wir dieses Werk begreifen, sehen wir uns voller Respekt diesem Produkt großer Arbeit und Anstrengungen gegenüber. Was allerdings noch bleibt, ist, seine Verwirklichung sicherzustellen. Denn wie jeder Plan ist auch dieser nur eine Anleitung für die Praxis.

Das Manifest des 21. Jahrhunderts ist für nationale Befreiungskämpfe ein brandneuer Lösungsweg. Denn es benutzt nicht die klassischen politischen Methoden, sondern die demokratische Methode als Lösung. Was heißt das? Es ist das Suchen nach einer Lösung, indem der Organisationsmechanismus des Staates verändert wird. Es gibt Beispiele für die Forderung nach einem „unabhängigen Staat", einer Föderation, Autonomie und so weiter. Wir aber werden die demokratische Methode anwenden. Das heißt, der Staat bleibt eine Einheit. Soweit für die TR[4] die Organisierung des Staates Republik und ein gemeinsames Land ist, wird es keine Änderung geben. Unser Ziel ist es, die grundlegenden Prinzipien der Demokratie zu verwirklichen und zur Anwendung zu bringen. Dabei werden wir versuchen sicherzustellen, dass die, die bis heute vom Staat außen vor gelassen wurden, miteinbezogen werden und sich beteiligen.

Ws ist die Erfahrung, die durch die alten politischen Modelle gemacht wurden? Wenn wir einen Blick darauf werfen, sehen wir, dass sie alle auf ihre Art die bestehenden Probleme nicht gelöst haben. Im Gegenteil, in einem bestimmten Rahmen haben sie die Probleme chronisch gemacht oder noch verschlimmert. Zum Beispiel Indien und Pakistan. Als Indien die „Unabhängigkeit" erlangte, trennte sich Pakistan von Indien und bildete einen „unabhängigen" Staat. Obwohl seither Jahrzehnte vergangen sind, bedrohen sie jetzt sich und die

Welt mit Atombomben. Eritrea führte lange gegen Äthiopien einen Unabhängigkeitskrieg. Seit diese erreicht wird, wird der Krieg als Grenzkrieg weitergeführt. Und wie viele Staatsgebilde haben sich in einen See von Blut verwandelt? Oder konnten die rückständige innere Struktur nicht weiterentwickeln? Aber das Wichtigste außer diesen negativen Beispielen: Die, die nach dem alten Modell kämpfen, können ihren Einfluss nur auf einem kleinen Gebiet geltend machen. Mit dem neuen Modell dagegen hält man sich den Weg offen, auf das Ganze Einfluss zu erlangen.

Unsere PF sagt: „So wie die Kurden in den 20er Jahren bei der nationalen Befreiung einer Kraft der ‚kuvva milliye' [nationale Kräfte[5]] gespielt haben, spielen sie heute auf dem Weg in die 2000er mit der PKK die Rolle einer ‚kuvva-i-demokrasi' [demokratische Kräfte] ..." Das heißt, genau so, wie sie in den Gründungstagen der TR als Kraft außerhalb des Systems die Republik und das gemeinsame Land geschaffen haben, gewährleisten sie heute als Kraft außerhalb des Systems seinen demokratischen Fortschritt. Dies ist das Ergebnis der organisatorischen und militärischen Aktivitäten der PKK. Gleichzeitig hat der bewaffnete Kampf sich zum organisatorischen und willensmäßigen Ausdruck des Volkes entwickelt. Es hat seine Identität gewonnen. Das ist der Sieg des bewaffneten Kampfes. Daher ist die historische Berechtigung des bewaffneten Kampfes unbestreitbar.

Der Aufruf unserer PF zum „Rückzug" wird der zweite „Rückzug" unserer Parteigeschichte sein. Der erste ist die Phase von 79-82, die mit dem Putsch vom 12. September (1980) zusammenfiel. In dieser Phase bereitete sich unsere Partei im Mittleren Osten darauf vor, ins Land zurückzukehren und den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Der erste „Rückzug" wurde so zur Basis für den 15 Jahre andauernden Kampf. Daher ist sicher, dass der Rückzug von '99 auch eine Vorbereitungsphase sein wird. Und damit werden wir in kürzester Zeit mit einer brandneuen Kampfform wieder für die Machtfrage bereit sein.

Natürlich sind wir auch vorbereitet, falls die gegnerische Macht das Spiel falsch spielt. Wir werden uns zurückziehen, aber wir haben die Waffen nicht niedergelegt. Wenn alles richtig läuft, werden wir die Waffen nicht wieder in die Hand nehmen. Wenn nicht, wir sind bereit. Unsere Kader sind überall. Was wir gelernt haben, haben wir gelernt, und wenn es nötig ist, können wir jederzeit und an jedem Ort in kürzester Zeit eine Armee auftauchen lassen. Aber wenn die Entwicklungen in dem Rahmen verlaufen, den unsere PF skizziert hat, dann gibt es dafür natürlich keine Notwendigkeit, und es wird nicht passieren. Denn dann sind wir gewissermaßen Verhandlungspartner. Und wer führt Krieg gegen sich selbst? Das macht wahrscheinlich niemand.

Natürlich möge manche unserer FreundInnen jetzt in Untätigkeit verfallen. Mag sein, dass sie denken ‚Was zu tun war, haben wir getan', sich in den Sessel verkriechen und die Füße auf den Tisch legen. Aber wir denken, dass es dafür noch etwas zu früh ist. Denn der Aufruf, den unsere PF gemacht hat, ist nur das Beharren auf dieser neuen Phase. Sie muss auch noch verfestigt und vollendet werden.

Außerdem wartet vor uns noch ein riesenhafter Menschheitskampf. Daher ist unsere grundlegende Aufgabe, unseren Kampf fortzusetzen. Also nicht Müßiggang, sondern wir müssen die Aufgaben, die heute und in der Zukunft auf uns arten, fleißig wie Bienen angehen. Die Grundlage dafür liefert uns die Vertiefung unseres organisatorischen Wissens und unserer ideologischen Linie. Das ist unsere Identität. Denn die PKK ist keine Kurdenpartei, es ist ein Menschheitskampf. Genauso wie die Zeit für Müßiggang nicht gekommen ist, ist es auch nicht Zeit ... [unleserlich] Denn wohin hat uns unser individualistisches Verhalten bis heute gebracht? Ja, bei diesem Thema hat wahrscheinlich jedeR von uns leidvolle Erfahrungen. Nein, so geht es nicht. Die PKK ist es, was uns bis heute widerstandsfähig gemacht hat, und das wird auch morgen so sein.

Mit revolutionären Grüßen und hochachtungsvoll

Eva

11. August 1999

Eva Juhnke

Özel Tip Cezaevi, Siyasi Kadin Kogusu, Batman, Türkei

1 Um die Zensur schneller passieren zu können, wurde der Brief in türkischer Sprache verfasst und später übersetzt. Anmerkungen d.Ü. in [] und als Fußnote

2 PF=Parteiführung, i. Orig. P.Ö.= Parti Önderligi

3 Das türkische Wort ‚öncü' bedeutet ‚der, der vorangeht', im ideologischen Sinne ‚Avantgarde', im Gegensatz zu „Führer" oder „Führung"

4 Türkische Republik

5 Zusammenschluss aller Kräfte, die gegen die imperialistischen Besatzungsmächte des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg kämpften. An ihnen waren in großem Umfang Kurden beteiligt.

Gedenkveranstaltung für die Internationalistin Ronahî, Andrea Wolf

Andrea Wolf hatte sich seit Anfang 1997 am Kampf der ARGK Guerilla in Kurdistan beteiligt. Am 23. Oktober 1998 fiel sie bei einem Gefecht mit der türkischen Armee lebend mit anderen GenossInnen in die Hände des Feindes. Sie und andere Freundinnen und Freunde wurden ermordet.

Andreas Geschichte ist eng mit der Geschichte des Widerstands seit Anfang der 80er Jahre verwoben. Andrea war Teil des militanten Widerstandes gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, gegen den Bau der Startbahn West in Frankfurt, sie war Mitinitiatorin vieler antirassistischer antipatriarchaler und internationalistischer Projekte und Initiativen. Auch der Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen war ihr ein wichtiges Anliegen. Immer wieder geriet sie wegen ihrer politischen Arbeit ins Fadenkreuz staatlicher Repression und Verfolgung, war selbst mehrmals in Haft.

ronahî - andrea wolf

vor einem jahr
am 23.10.'98
wurde ronahî
zusammen mit
6 weiteren
freundInnen
in den bergen
kurdistans
vom
türkischen
militär
ermordet

gedenkveranstaltung
am 24.10.99
im mamara saal, vogelhüttenweg 48
hamburg - wilhelmsburg
veranstaltung von isku, ejak, yxk

Andrea war eine Genossin mit festem Glauben an die revolutionären Ziele. Der Anschluss an die Guerilla der PKK, an die Frauenarmee der YAJK hatte für sie vor allem ein Ziel: Die Revolution in Kurdistan kennen zu lernen, von ihr zu lernen, um hier in der Metropole neue Ansätze zu finden, den Kampf gegen das imperialistische und patriarchale System zu organisieren. In Briefen aus den Bergen berichtete sie über den Befreiungskampf der Frauen in Kurdistan, über die Versäumnisse der Linken in der BRD, die neuerschaffenen Werte des Kampfes der PKK und welche Impulse sie für uns hier geben können.

Aus Berichten der GenossInnen aus den Bergen, die aus einem Versteck Zeuge der Ermordung von Andrea und weiteren Genossinnen wurden, wissen wir, dass der Feind Andrea ermordete, weil sie sich nicht zum Verrat zwingen ließ.

Andreas Tod ist für uns ein großer Verlust. Als Internationalistin war und ist sie für uns ein Symbol der Hoffnung, dass die Kämpfe für Freiheit und Unabhängigkeit überall auf der Welt zusammenwachsen werden.

Zum Todestag von Andrea Wolf findet am 24. Oktober eine Veranstaltung in Hamburg statt.

Hierzu sind alle eingeladen, die mit uns gemeinsam Andrea gedenken wollen, in deren Herzen und Gedanken Andreas Ziele und Träume weiterleben.

Die Veranstaltung findet in Hamburg/Wilhelmsburg statt, S-Bahn 3 oder 31 Richtung Neugraben, Haltestelle Veddel umsteigen in Bus 155 Richtung Kirchdorf Süd, Haltestelle Veringstraße, Beginn 15 Uhr

Adresse: Marmara Salon Vogelhüttendeich 48

Karten können bei der Informationsstelle Kurdistan, Hobrechtstraße 14, 12047 Berlin Tel. und Fax: 030 61305622 oder den Kurdistan Solidaritätsgruppen in vielen Städten bestellt werden. Für Hamburg: Infocafe der Kurdistan Solidarität, jeden Dienstag ab 16 Uhr Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg

Vom Gefangenenkollektiv der Cellules Communistes Combattantes (CCC Kämpfende kommunistische Zellen – Belgien) an alle revolutionären, kommunistischen, anarchistischen, antifaschistischen oder antiimperialistischen Gefangenen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Initiativen wie „internationale Tage des revolutionären Gefangenen" oder die jüngsten berliner Tage der Initiative LIBERTAD! prallen, wie es uns scheint, mit sich wiederholenden Grenzen aufeinander.

Jede Unterstützungskraft stellt sich dort mit dem Gedanken vor, „ihre" eigenen Gefangenen zu unterstützen, was die Begegnung lediglich auf einen Informationsaustausch und auf gegenseitige Sympathie begrenzt. Bündnisversuche stießen immer auf Misstrauen oder auf manchmal berechtigte Vorbehalte ideologischer Art.

Seit mehreren Jahren dauert diese Blockierung schon an, und wir halten es für möglich, diese Blockierung der Situation aus den Knästen heraus aufzuheben. Ausgangspunkt wäre eine gemeinsame klärende Plattform, die eine breite, aber konsequente Kampfgemeinschaft definieren würde – im imperialistischen Gefängnis und gegen das imperialistische Gefängnis. Die Zustimmung oder Nichtzustimmung zu dieser Plattform (und eine konsequente Haltung bezüglich dieser Zustimmung) könnte für die Kräfte draußen als Bezugspunkt dienen.

Wir Gefangenen würden um diese Plattform herum unsere Unterstützungskräfte einladen, die Arbeit, die sie zu unseren Gunsten geleistet haben, auf alle Gefangenen, die diese Plattform unterzeichnet haben, auszudehnen. Gemeinsames Agit-Prop-Material könnte dann erstellt werden, tatsächlich gemeinsame Initiativen (und nicht nur das einfache Nebeneinanderstellen einzelner Initiativen) könnten ins Auge gefaßt werden etc.. Fünf große praktische Forderungen, fünf konkrete und vorrangige Ziele würden sich aus einer allgemeinen Unterstützung ergeben (und aus der prinzipiellen Forderung der allgemeinen Freilassung der Gefangenen):

1 . Schluss mit Folter und Isolation
2. Freilassung der verwundeten und kranken Gefangenen und der Gefangenen, deren Freilassung mittelfristig ansteht
3. Information über die Gefangenen und ihren Kampf
4. Materielle Unterstützung der Gefangenen
5. Gegenseitige internationale Hilfe der Gefangenenunterstützungskräfte (v.a. in Krisenzeiten: im Falle eines Hungerstreiks in den Gefängnissen eines Landes z.B.)

Es ist evident, dass nur die Sammlung einer repräsentativen Anzahl von Gefangenen unter dieser Plattform eine klärende und verbindende Rolle spielen wird. Die verschiedenen Unterstützungstage im Juni sind eine erste Gelegenheit für die Kräfte draußen, um auf dieser Grundlage zu diskutieren. Wir laden Euch also ein, schnell auf diesen Vorschlag zu reagieren, indem Ihr uns so schnell als möglich Eure Position zu unserem Vorschlag wissen lasst und zum Projekt der Plattform, indem Ihr uns schreibt (und sicherheitshalber eine Sendung an APAPC, BP 6, Saint Gilles l, 1060 Bruxelles schickt):

Eure Namen und Vornamen:
Eure Organisation oder Partei (mit den Präzisierungen, die Ihr notwendig findet):
Der Tag Eurer Verhaftung:
Die Strafe, zu der Ihr verurteilt worden seid: Euer derzeitiger Knast:

Hier nun das Projekt der Plattform. Es ist natürlich nicht möglich, für alle eine ideale Formulierung zu finden und es wird auch nötig sein, dass alle von uns etwas kompromissbereit sind. Selbstverständlich bitten wir Euch, diese Plattform bei allen gefangenen Genoss/inn/en rundgehen zu lassen.

Plattform vom 19. Juni 1999

1. Die Unterzeichnenden dieser Plattform sind alles revolutionäre, kommunistische, anarchistische oder antiimperialistische Militante, die in den Gefängnissen der imperialistischen Bourgeoisie aufgrund ihrer politischen und oder politisch-militärischen Aktivitäten einsitzen.

Über ihre politischen und ideologischen Unterschiede hinweg beabsichtigen sie, eine Kampfgemeinschaft aufzubauen – im imperialistischen Gefängnis und gegen das imperialistische Gefängnis. Und sie gehen davon aus, dass die Initiative bei den Kräften außerhalb des Gefängnisses ein Echo findet.
Solidarität ist eine Waffe!

2. Die Unterzeichnenden stellen fest, dass die Gründe, die sie dazu geführt haben, gegen die imperialistische Bourgeoisie, ihre Staaten, Bündnisse, nationalen Fraktionen, ihre Kompradoren, ihr Militär und ihre Polizei etc. zu kämpfen, bei weitem nicht verschwunden sind, sondern beherrschender sind als jemals zuvor. Noch nie haben Ungerechtigkeit, Elend und Unterdrückung in dem Ausmaß über die Menschheit geherrscht. Die Gesetze der Marktwirtschaft stürzen die Völker der Welt täglich tiefer ins Elend. Die Negation der nationalen Rechte vieler Völker, Rassismus, Sexismus und die Verwüstungen des Ökosystems sind Teil der allgemeinen Vernichtung der Menschheit zu Gunsten einer Handvoll Reicher. **Man hat ein Recht zur Revolte!**

3. Die Unterzeichnenden bestätigen mit dieser Plattform erneut ihr Festhalten an der Sache der Völker und am Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Ob die Organisation, der sie im Augenblick ihrer Festnahme angehört haben, noch existiert oder nicht, sie bekräftigen die Legitimation deren Kampfes. Jenseits aller möglichen strategischen und taktischen Divergenzen, jenseits aller Diskussionen über die Opportunität dieser oder jener Kampfform zu diesem oder jenem Zeitpunkt, bekräftigen die Unterzeichnenden, dass der Rückgriff auf die Gewalt im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die soziale Befreiung und die Befreiung des Volkes, für die Erkämpfung einer gerechten und brüderlichen Gesellschaft legitim ist: **„Ohne Gerechtigkeit kein Friede!"**

4. Infolgedessen lehnen die UnterzeichnerInnen jede Form der Erpressung ab und benennen sie als solche. Formen der Erpressung wie „Freilassung gegen Reue", „Freilassung gegen Loslösung", „Freilassung gegen Kollaboration"; etc. Auch wenn die Unterzeichnenden eine kritische Betrachtungsweise ihrer militanten Erfahrungen haben mögen, so betrifft diese Betrachtungsweise nur die soziale und die Volksbefreiungsbewegung und soll nur ihr nutzen. Sie weisen also zurück, dass diese eventuell kritische Betrachtungsweise zu einem Tauschobjekt mit dem bourgeoisen Apparat gemacht wird, wo er diese Betrachtungsweise nur gegen die Bewegung der sozialen und der Volksbefreiung benutzen kann. **Weder Reue, noch Kapitulation!**

5. Allen Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen wurde Unterstützung von draußen entgegengebracht, aktive Solidarität in ihren Herkunftsländern und manchmal darüber hinaus. Sie rufen alle solidarischen Kräfte und Personen auf, die Kampfgemeinschaft, die die Unterzeichnenden gebildet haben, zur Kenntnis zu nehmen, diese Kampfgemeinschaft in ihrer eigenen Unterstützungsaktivität widerzuspiegeln und die Kooperation und die Einheit zwischen ihnen zu entwickeln. Eine/n von uns verteidigen heißt uns alle verteidigen! **Ein Angriff gegen eine/n von uns ist ein Angriff gegen alle!**

MRTA-Gefangene im Hungerstreik!



An irgendeinem Ort in Peru, September 1999, An die nationale und internationale Öffentlichkeit, An die Solidaritäts- und Menschenrechtsorganisationen, An die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen:

Die nationale Führung der MRTA gibt bekannt, daß am 21. September 1999, um 0.00 Uhr, die politischen Gefangenen des Marinegefängnisses der Militärbasis von Callao, die Genossen Victor Polay Campos, Peter Cardenas Schulte und Miguel Rincon Rincon, Mitglieder der nationalen Führung der MRTA, einen Hungerstreik begonnen haben.

Victor Polay Campos und Peter Schulte Cardenas befinden sich seit sieben Jahren in diesem Hochsicherheitsgefängnis, Miguel Rincon seit eineinhalb Jahren. Das Hochsicherheitsgefängnis der Marinebasis von Callao ist acht Meter unter der Erde konstruiert worden. Mit 60 cm dicken Wänden und Türen ohne Gucklöcher haben sie wahre Gräber für lebende Menschen geschaffen, in denen unsere Genossen in permanenter Isolation Opfer systematischer psychischer und physischer Folter wurden und ihnen Nahrung und medizinische Versorgung verweigert wird. Unter diesen Bedingungen und der starken physischen Angeschlagenheit haben sie nun eine Kampfform gewählt, die ein Ende machen will mit dem unmenschlichen und irrationalen Haftbedingungen und der Isolation, die das Regime des Herrn Fujimori unseren Kämpfern auferlegt hat, um sie nicht nur physisch und mental, sondern auch grundlegend in ihrer Moral und revolutionären Konsequenz zu brechen.

Auf die Anwendung dieses Kampfmittel hat das Regime mit den Verboten familärer Besuche reagiert, um unsere Brüder Victor, Peter und Miguel weiter zu isolieren. Wir machen die Regierung für jedweden Schaden an der physischen und psychischen Gesundheit unserer Genossen verantwortlich.

Wir rufen die nationale und internationale öffentliche Meinung, die Solidaritäts- und Menschenrechtsorganisationen dazu auf, von der peruanischen Regierung Garantien für die physische und mentale Gesundheit unserer Kämpfer im Hungerstreik einzufordern.

Ohne soziale Gerechtigkeit wir es keinen Frieden geben! Tupac Amaru lebt und wird siegen!

Gen. Condorcanqui für die nationale Führung

Das Gutachten des UN-Menschenrechtskomitees zu Victor Polay

Nach ca. fünf Jahren andauernden Ermittlungen veröffentlichte das UN-Menschenrechtskomitee am 9. Januar 1998 ein Gutachten. Dort heißt es

• **zum Prozess von Victor Polay** am 3. April 1993 vor einem Spezialtribunal mit „Richtern ohne Gesicht" in einem entlegenen Gefängnis (Yanamayo), dass eine derartige Prozessführung auf dem Ausschluss der Öffentlichkeit basiere. „In dieser Situation kennen die Angeklagten die Richter nicht, von denen sie verurteilt werden, und die Möglichkeit, dass sich die Angeklagten auf den Prozess vorbereiten und mit ihren Anwälten kommunizieren, trifft auf unakzeptable Hindernisse. Außerdem garantiert dieses System einen wesentlichen Aspekt eines gerechten Prozesses nicht, so wie es der Sinn des Artikels 14 des Paktes (über bürgerliche und politische Rechte – Red.) vorsieht: Das Tribunal muss sowohl unabhängig als auch unparteiisch sein. In dem System der Prozesse mit „Richtern ohne Gesicht" ist weder die Unabhängigkeit noch die Unparteilichkeit der Richter garantiert, da ja das ad hoc gegründete Tribunal aus Militärs im aktiven Dienst zusammengesetzt sein kann. Nach Meinung des Komitees sichert dieses System auch nicht den Respekt vor der mutmaßlichen Unschuld, was im Paragraf 2 des Artikels 14 garantiert wird. Aus den Umständen des Falles folgert das, dass man die Paragrafen 1, 2 und 3 (b) und (d) des Artikels 14 des Paktes verletzt hat."

• **Zur Inhaftierung in Yanamayo** vom 22. Juli 1992 bis 26. April 1993: Der Vertragsstaat Peru hat es nicht geleugnet, „dass es dem Opfer weder erlaubt war zu schreiben noch mit irgend jemandem zu sprechen, ein Verbot, das stillschweigend die Unmöglichkeit mit sich brachte, mit einem Rechtsberater zusammenzukommen. Der Vertragsstaat leugnete es auch nicht, dass das Opfer täglich 23 ½ Stunden in einer Zelle ohne Beleuchtung und bei einer Temperatur nahe dem Gefrierpunkt eingesperrt war. Für das Gericht des Menschenrechtskomitees kommen diese Bedingungen einer Verletzung des Paragrafen 1 des Artikels 10 des Paktes gleich."

• **Zur Verlegung von Yanamayo nach El Callao** am 26. April 1993 und zur öffentlichen Zurschaustellung des Gefangenen in einem Käfig: „Für das Urteil des Komitees stellt dies eine entwürdigende Behandlung dar, sowohl einen Verstoß gegen Artikel 7 als auch eine Behandlung, die unvereinbar ist mit dem Paragrafen 1 des Artikels 10, da die menschliche Würde von Herrn Polay Campos als Person nicht respektiert wurde."

• **Zu den Haftbedingungen in El Callao** vom 26. April 1993 bis zum jetzigen Zeitung: „Das Komitee folgert, dass die Haft des Opfers in Callao, besonders was seine Isolierung während mehr als 23 Stunden täglich in einer kleinen Zelle, und die Unmöglichkeit, mehr als zehn Minuten Sonnenlicht täglich zu haben, betrifft, eine Behandlung darstellt, die im Gegensatz zu Artikel 7 und zum Paragraf 1 des Artikels 10 des Paktes steht."

Das Resümee: „Das Opfer wurde auf der Basis eines Prozesses verurteilt, der nicht mit den fundamentalen Garantien eines gerechten Prozesses zählen konnte. Das Komitee ist der Auffassung, dass Herr Polay Campos freigelassen werden muss, außer dass die peruanischen Gesetze die Möglichkeit eines neuen Prozesses vorsehen, der dann alle in Artikel 14 des Paktes geforderten Garantien erfüllen müsste."

... und die Antwort der peruanischen Regierung

In der Antwort der Permanenten Vertretung von Peru beim Büro der Vereinten Nationen und anderer Internationalen Organisationen mit Sitz in Genf vom 14.4.1998 an das Büro des UN-Menschenrechtskomitees heißt es: „Die Regierung von Peru teilt keine der Einschätzungen des Menschenrechtskomitees."

(Entnommen dem Informationsblatt: Peru, Freiheit für Victor Polay Campos, herausgegeben vom Peru-Solidaritätskomitee, c/o Helmut Kaiser, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München)

MUMIA 911



In den USA hat sich eine Initiative von Künstlern gegründet, um durch einen nationalen Tag der Kunst am 11.9.99 gegen die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen. Diese Initiative nennt sich Mumia 911. 911 ist nach der US-amerikanischen Schreibweise sowohl der 11. September als auch die landesweite Notrufnummer wie die 110 in Deutschland. Hier ist eine Übersetzung ihres Aufrufes, der von Hunderten von Musikern, Malern, Dichtern, Schauspielern, Schriftstellern, Tänzern, Galleristen, Produzenten usw. unterschrieben wurde.

Mumia 911

Der Aufruf zum nationalen Tag der Kunst in den USA, um die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal zu stoppen

„Weil wir das Leben von 1,75 Millionen Schwarzen, Latinos und anderen armen Menschen schätzen, die in den Gefängnissen von Amerika eingesperrt sind …“

„Weil wir die Gerechtigkeit schätzen und eine Gesellschaft, die die volle Entfaltung all ihrer Mitglieder fördert …“

„Weil wir gegen eine Politik stehen, die versucht, den menschlichen Geist zu ersticken und zu brechen …“

„Aus all diesen Gründen sind wir als Künstler zusammengekommen, um die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal zu stoppen.“

„Sie haben eine Linie überschritten. Das ist keine Gerechtigkeit. Wir stimmen der Ermordung dieses Mannes nicht zu. Wir werden den groben ungerechten Prozess nicht akzeptieren, in dem Mumia zum Tode verurteilt wurde, wegen seiner politischen Überzeugung als ein ehemaliger Black Panther. Wir werden nicht einfach zuschauen, während sie versuchen, einen Journalisten zum Schweigen zu bringen, der vielen bekannt ist als die ‚Stimme der Stimmlosen'.

„Mumia 91 – Notstand! Am 11. September werden wir die Erde erbeben lassen, unsere Stimme erheben, schreiben, singen, schauspielern und an die Wände malen. Wir werden eine Kultur des Widerstands in Leben rufen, um die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal zu stoppen. Mumia bist du. Mumia bin ich. Mumia sind wir alle. Schließ dich uns jetzt an!“

Mumia 911 Beratungsausschuss
Edward Asner, Schauspieler, Robbie Conal, Visualkünstler, Ossie Davis, Schauspieler, Martin Espada, Dichter/Essacist, Michael Franti, Musiker, Danny Hoch, Schauspieler, Sonia Sanchez, Dichterin, Peter Sellars, Theaterdirektor, Pete Seeger, Liedermacher, Ntozake Shange, Dramtikerin/Dichterin, Alice Walker, Schriftstellerin

Kontakt Mumia 911
28 Vesey St., #2157, New York, NY 10007, USA. www.mumia911.org

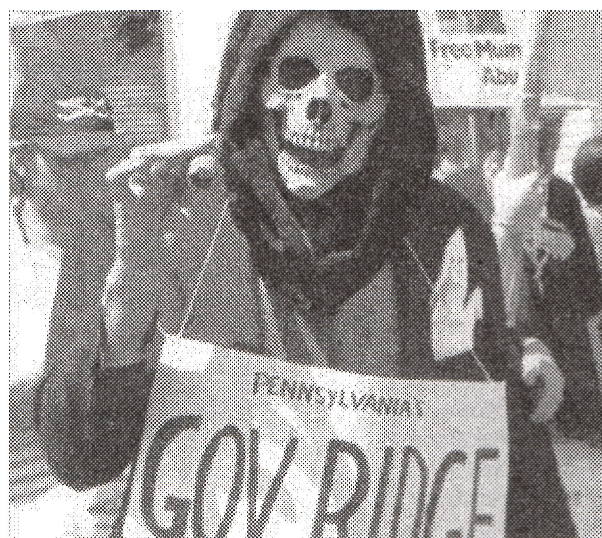
Letzte Meldung:

Türkische Sicherheitskräfte greifen demokratische und Menschenrechtsorganisationen an

Am 29.9. stürmten Sicherheitskräfte das IHD-Büro in Istanbul und durchsuchten es. Damit reagierte der türkische Gewaltapparat auf die Tatsache, dass IHD in Istanbul gegen das Massaker an den Gefangenen demonstriert und die Regierung zum Rücktritt aufgerufen hatte. Auch das Büro der Organisation Özgür TAYAD wurde von Sicherheitskräften gestürmt.

Gouverneur Thomas Ridge, verantwortlich für die Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal, kommt in diesen Tagen zu einer Werbereise in Sachen „commerce & tourism“ für Pennsylvania nach Deutschland. Auftakt soll in München sein, wo er u.a. auch die KZ-Gedenkstätte Dachau besucht. Weitere Stationen seiner „meetings“ sind: DaimlerChrysler, Siemens, AMP Inc. Frankfurt, Schott Glas, SAP AG (Software), Harribo (Bonn) und Bayer Leverkusen. Als Ridge vor einiger Zeit in Italien weilte, um auch dort für den Tourismus Pennsylvanias zu werben, gab es viele Proteste, und in einer Veranstaltung mit Reisebüros stand jemand auf, der sagte, wenn man Hand an Mumia legen würde, dann käme niemand aus Italien nach Pennsylvania. Es wäre nicht schlecht, wenn auch bei uns jemand Ridge etwas Ähnliches sagen würde.

Kampagne Mumia Abu-Jamal, Bremen



Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax: (040) 43188821, email: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.comlink.de – Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabo kostet 27,00 DM (Förderabo 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr.226: So, 24.10.99***